

Arbeitsmarktservice Österreich (Ed.)

Research Report

Ergebnisse der innovativen Arbeitsmarktpolitik

AMS report, No. 1

Provided in Cooperation with:

Public Employment Service Austria (AMS), Vienna

Suggested Citation: Arbeitsmarktservice Österreich (Ed.) (1996) : Ergebnisse der innovativen Arbeitsmarktpolitik, AMS report, No. 1, ISBN 385170004X, Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), Wien

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/97922>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

1

AMS report

Ergebnisse der innovativen Arbeitsmarktpolitik

Herausgegeben vom Arbeitsmarktservice Österreich



Ergebnisse der innovativen Arbeitsmarktpolitik

Herausgegeben vom Arbeitsmarktservice Österreich

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsmarktservice Österreich, Grundlagenabteilung · **Wissenschaftliche Redaktion:** L&R Sozialforschung, Wien · **Graphische Gesamtgestaltung:** deisenberger & lübke, Wien
Umschlagfotografie: Herta Hurnaus, Wien · **Lektorat:** Wolfgang Astelbauer, Wien · **Satz:** Zehetner Ges. m. b. H., Oberrohrbach · **Repro, Druck und Heftung:** Agens-Werk Geyer + Reisser, Wien

© Arbeitsmarktservice Österreich 1996
Verlegt im Wissenschaftsverlag, Wien
ISBN 3-85170-004-X

INHALT

Editorisches Vorwort	5
Gudrun Biffi, Helmut Hofer und Karl Pichelmann	
Sozialökonomische Beschäftigungsprojekte und Soziale Kursmaßnahmen	7
Ferdinand Lechner, Walter Reiter und Andreas Riesenfelder	
Anforderungsgerecht	
Ergebnisse der Evaluierung des Beschäftigungsprogrammes „Aktion 8000“	27
Reinhard Paulesich	
Kooperative Unternehmensgründungen	
Die Zehnjahresbilanz eines Instruments zur Arbeitsmarktförderung	47

Editorisches Vorwort

Arbeitslosigkeit ist eine der größten Herausforderungen des zu Ende gehenden Jahrhunderts. Nur mit Hilfe der Wissenschaft kann sich das Arbeitsmarktservice Österreich dieser Herausforderung entsprechend stellen. Forschungsergebnisse über die Struktur und die Veränderungen des Arbeitsmarktes sowie vor allem die ständige Beobachtung der Wirkung der Instrumente, mit denen das Arbeitsmarktservice täglich eingreift, bilden nicht nur die Grundlage für strategische Entscheidungen und die Entwicklung neuer Förderinstrumente, sondern auch für die Arbeit der über 4000 MitarbeiterInnen des Arbeitsmarktservice.

Für Grundlagenarbeit werden österreichweit jährlich etwa 50 Millionen Schilling ausgegeben, die aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Nicht nur deshalb hat das Arbeitsmarktservice Interesse, die Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Das Arbeitsmarktservice möchte mit seinen neuen Publikationsreihen auch zur Diskussion über den Arbeitsmarkt, über Arbeitslosigkeit und über realisierbare Lösungen beitragen. Das Defizit an Arbeitsplätzen wird in den nächsten Jahren nicht geringer werden, und solidarische kreative Ideen und Lösungen können nur durch die aktive Beteiligung möglichst vieler entstehen.

*Weil wir wissen, wie schwierig es selbst bei größtem Interesse ist, die zahlreichen 200 und mehr Seiten umfassenden Studien zu lesen, die man eigentlich kennen sollte, um auf dem laufenden zu sein, und wollen, daß die Ergebnisse unserer Untersuchungen dennoch vielen verfügbar sind, haben wir uns entschieden, Kurzformen den Vorzug zu geben: das *ams info* bietet eine knappe Zusammenfassung auf vier Seiten; der *ams report* räumt jeder Studie etwa 20 Seiten ein und ist deutlich ausführlicher; die Herausgabe der vollständigen Untersuchungen in Form von *ams studien* werden wir auf Sonderfälle beschränken.*

*In diesem Sinn wünschen wir unseren drei Publikationsreihen und besonders dem *ams report* nicht nur zum Geburtstag viele LeserInnen!*

Der Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich

Dr. Herbert Buchinger

Mag. Herbert Böhm

SOZIALÖKONOMISCHE BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE UND SOZIALE KURSMASSNAHMEN

Die von Helmut Hofer, Karl Pichelmann (Institut für Höhere Studien) und Gudrun Biffi (Wirtschaftsforschungsinstitut) durchgeführten Studien befassen sich vor allem mit den Wirkungen von Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten und Sozialen Kursmaßnahmen.

Durch die Förderung Sozialökonomischer Beschäftigungsprojekte werden befristete Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Personen (insbesondere mit psychosozialen Problemen) geschaffen, um deren spätere Vermittlung in andere Beschäftigungsverhältnisse vorzubereiten. Projektmaßnahmen dieser Art entstehen vor allem in privatwirtschaftlich nicht lukrativen Bereichen (Umwelt, Kultur, Soziales) und werden im allgemeinen durch den Bund, das Land und aus Eigenerlösen finanziert. Die wirtschaftlichen Erträge der Projekte müssen zumindest die Sachkosten (Miete, Materialien etc.) decken. In der Regel sind die geförderten Dienstverhältnisse auf ein Jahr befristet.

Im Rahmen Sozialer Kursmaßnahmen werden Ausbildungsplätze für sozial benachteiligte Arbeitslose mit besonderem Qualifizierungs- und Betreuungsbedarf zur Verfügung gestellt. Als Träger fungieren sowohl gemeinnützige Vereine und Firmen als auch manchmal etablierte Einrichtungen wie das Wirtschaftsförderungs- und das Berufsförderungsinstitut. Die Förderung umfaßt den entstehenden Personal- und Sachaufwand.

Befristete Beschäftigungsmaßnahmen, Qualifizierungskurse und Problemgruppenbetreuung verhindern eine Spaltung der Arbeitslosen in gut vermittelbare und kaum

mehr vermittelbare. Sie dienen zum Ausgleich der Arbeitsmarktchancen, indem sie für die geförderten Personen die Vermittlungsaussichten in den ersten Arbeitsmarkt erhöhen. Die OECD, die die Wirkungsanalysen und Evaluierungsstudien ihrer Mitgliedsländer kürzlich genau untersuchte, kommt zu dem Schluß, daß zielgruppenorientierte multidimensionale Unterstützungs- und Integrationsstrategien gesamtwirtschaftlich und vor allem auch fiskalpolitisch effizient sind.

Im Rahmen der beiden gegenständlichen Untersuchungen wurden die arbeitsmarktpolitischen Effekte (Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung) von Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten und Sozialen Kursmaßnahmen anhand einer Vollerhebung von individuellen Arbeitsmarktverlaufsdaten der geförderten Personen eingeschätzt. Als Untersuchungsjahr wurde 1990 gewählt, um auch die Verbleibskarrieren der Geförderten zwei Jahre nach Abschluß der Maßnahme analysieren zu können.

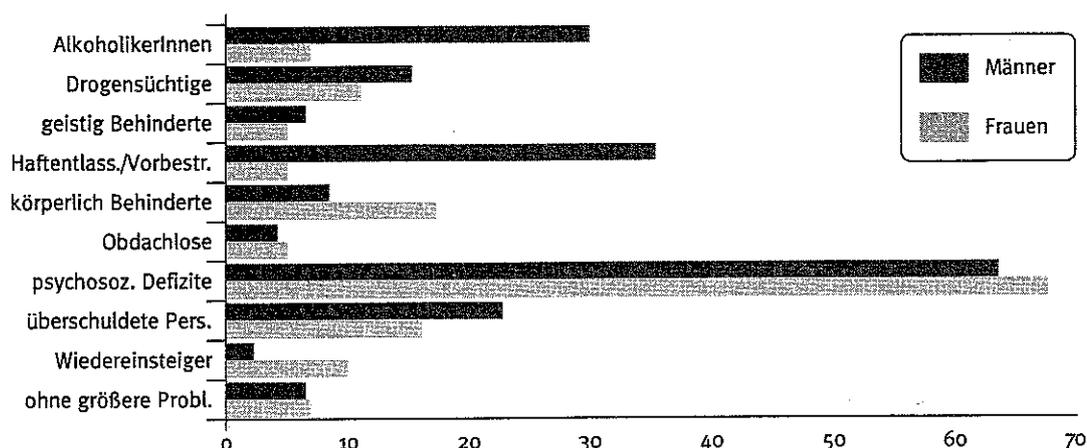
1. SOZIALÖKONOMISCHE BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß die Zielgruppenorientierung der Förderung von Langzeitarbeitslosen in Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten den Förderrichtlinien entspricht. Nur 3,8% der geförderten Personen wiesen keine offensichtlichen sozialökonomischen Behinderungen für die Integration in den Arbeitsmarkt auf. Üblicherweise hatten die Arbeitslosen gleich mehrere Eingliederungsprobleme; besonders häufig war die Kombination von Obdachlosigkeit mit Überschuldung, aber auch mit Haft oder Sucht (Alkohol, Drogen).

Gefördert wurden im wesentlichen Jugendliche (46,2% waren jünger als 25) und Erwachsene in mittleren Jahren (35,5% waren zwischen 25 und 35). Bei Frauen war die Jugendförderung tendenziell stärker als bei Männern. Frauen mittleren Alters und ältere Arbeitskräfte (über 45) wurden vergleichsweise selten über Sozialökonomische Beschäftigungsprojekte gefördert.

Frauen wiesen eine wesentlich geringere Bandbreite sozialökonomischer Behinderungsfaktoren für die Beschäftigung am Arbeitsmarkt auf als Männer. Sie litten vor allem unter psychosozialen Defiziten, unter Überschuldung und körperlicher Behinderung. Zwar war auch bei Männern psychische Schwäche der Hauptgrund für Integrationsprobleme, es gesellten sich jedoch zusätzlich Konflikte mit dem Gesetz und Suchterscheinungen hinzu.

Geschlechtsspezifische Schwerpunkte der Behinderung (in %)



Die Verteilung der sozialökonomischen Behinderungen unterschied sich auch deutlich nach dem Alter. Während Obdachlosigkeit, Überschuldung und Haft in überdurchschnittlichem Maße Jugendliche betrafen, waren unter den vormals Süchtigen (Alkohol, Drogen) vor allem Erwachsene mittleren Alters.

Eine weitere Zielvorstellung der Förderung neben der Zielgruppenorientierung betrifft die Art der Tätigkeit, die Branche. Zwar sollen in Beschäftigungsprojekten Güter produziert oder Dienstleistungen angeboten werden, die am freien Markt nachgefragt werden; eine Konkurrenzierung der Betriebe am offenen Markt soll allerdings hintangehalten werden. Es zeigt sich, daß Sozialökonomische Beschäftigungsprojekte im ökologischen Bereich (Landwirtschaft), im Anbieten alternativer Dienstleistungen (Fahrradboten), im Handel (Altwaren), in der Holzverarbeitung, am Bau (Renovierung) und im Bekleidungssektor dieser Zielvorstellung entsprechen. Für einzelne Problemgruppen ergab sich eine besonders hohe Konzentration auf wenige Branchen/Tätigkeiten: bei körperlich und geistig Behinderten auf die Bereiche Holz, Bekleidung, Handel, bei Haftentlassenen auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Handel und bei WiedereinsteigerInnen auf die Bereiche Holz und Handel. Bei den anderen Behinderungsfaktoren und etwa bei Obdachlosen, psychisch Schwachen und Überschuldeten ließ sich eine relativ große Streuung feststellen.

Die geschlechtsspezifische Segmentierung der Beschäftigung nach Branchen/Tätigkeiten, die es am offenen Arbeitsmarkt gibt, war auch in den Sozialökonomischen Beschäftigungsmaßnahmen wiederzufinden. Anzumerken ist, daß es offensichtlich eine verstärkte Förderung von Frauen in dem ursprünglich männlich dominierten Bereich der Holzverarbeitung gibt.

Auch unter altersspezifischen Gesichtspunkten war eine Konzentration auf bestimmte Tätigkeiten nicht zu übersehen. So wurden im Bekleidungssektor vor allem ältere Arbeitskräfte beschäftigt, während in der Metallverarbeitung nur Jugendliche arbeiteten. Erwachsene in mittleren Jahren hatten in der Bauwirtschaft einen Schwerpunkt.

Die Daten über die Dauer der Arbeitslosigkeit vor der Förderung ergaben eine deutliche Korrelation der Dauer der Arbeitslosigkeit mit dem Alter. Diejenigen, die vor der Aufnahme in ein Beschäftigungsprojekt nicht arbeitslos waren, brachten allerdings häufig besonders krasse Probleme mit. Sie kamen aus einer Anstalt (Entzug, Haft, psychische Betreuung) oder aus zerrütteten Familienverhältnissen. WiedereinsteigerInnen stellten nur einen relativ kleinen Teil dieser Gruppe dar.

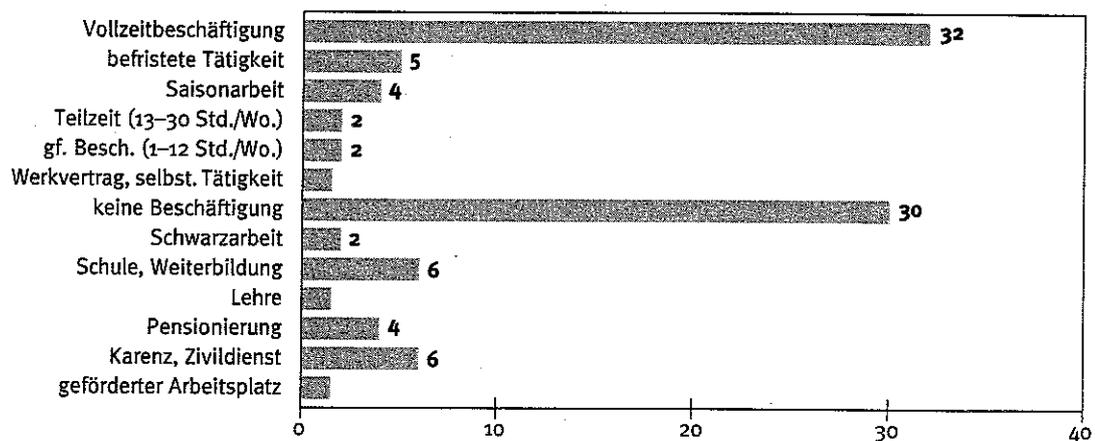
Eine besonders lange Dauer der Arbeitslosigkeit vor der Förderung wiesen insbesondere Personen mit psychosozialen Defiziten, Alkoholiker, Drogenabhängige und Haftentlassene auf.

Die Dauer des Verbleibs im Projekt unterschied sich ebenfalls nach der Art der sozialökonomischen Behinderung. Rund ein Drittel der Drogenabhängigen, Haftentlassenen und Obdachlosen verließ frühzeitig (nach weniger als drei Monaten) das Projekt, zum Großteil aus Instabilität und persönlicher Überforderung. Wesentlich ist die Erkenntnis, daß einige Personengruppen eine längere Betreuung als das übliche eine Jahr brauchen; dazu gehören vor allem psychisch benachteiligte Personen. Die Leitungskräfte von Sozialökonomischen Maßnahmen betonten, daß psychisch labile Menschen für eine erfolgreiche Integration in den offenen Arbeitsmarkt häufig einer laufenden persönlichen Betreuung bedürften, da zwar die technischen Fähigkeiten, nicht aber das Selbstvertrauen ausreichten, um im ersten Arbeitsmarkt mehr oder weniger unbeschadet zu bestehen. Auch Haftentlassene seien oft auf eine längere Betreuung angewiesen, da ein Gefängnisaufenthalt zumeist so desorientierend wirke, daß nur ein schrittweiser Übertritt in die Arbeitswelt realisierbar sei.

Nach der Förderung in einem Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekt fanden 1990/91 rund 32% aller Transitarbeitskräfte eine reguläre Vollzeitbeschäftigung am offenen Arbeitsmarkt, bei Frauen war der Anteil mit 37,4% deutlich höher als bei Männern (29,1%). Subsumiert man zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit, Saisonbeschäftigung, Werkverträge sowie geringfügige Beschäftigung ebenfalls unter erfolgreiche Vermittlungsmaßnahmen, ergibt sich ein Integrationsgrad von 50%. Ohne Beschäftigung blieben 30% aller TransitarbeiterInnen,

36% der Männer und 22% der Frauen. Die im Durchschnitt verbleibenden 20% begaben sich entweder in eine weiterführende Ausbildung (was ebenfalls als Zielerfüllung der Förderung zu bewerten ist), in Karenz, Militär- bzw. Zivildienst oder in Pension. 46% der über 45jährigen gingen im Anschluß an das Beschäftigungsverhältnis in Pension. Die Integrationschancen in den offenen Arbeitsmarkt waren für Überschuldete, Körperbehinderte und WiedereinsteigerInnen, knapp gefolgt von Obdachlosen, psychisch Schwachen und geistig Behinderten, am besten. Demgegenüber war es für ehemalige Alkohol- oder Drogenabhängige schwieriger, wieder im Erwerbsleben Fuß zu fassen.

Tätigkeit nach dem Beschäftigungsprojekt (in %)



Eine Bewertung nach der Art des Nutzens für die Transitarbeiter ergab, daß über die Arbeit im Projekt vor allem die Arbeitsmotivation, die Arbeitsdisziplin und die soziale Integrationsfähigkeit gefördert wurden. Technische Arbeitsfertigkeiten wurden vergleichsweise selten vermittelt, besonders im Fall der Männer.

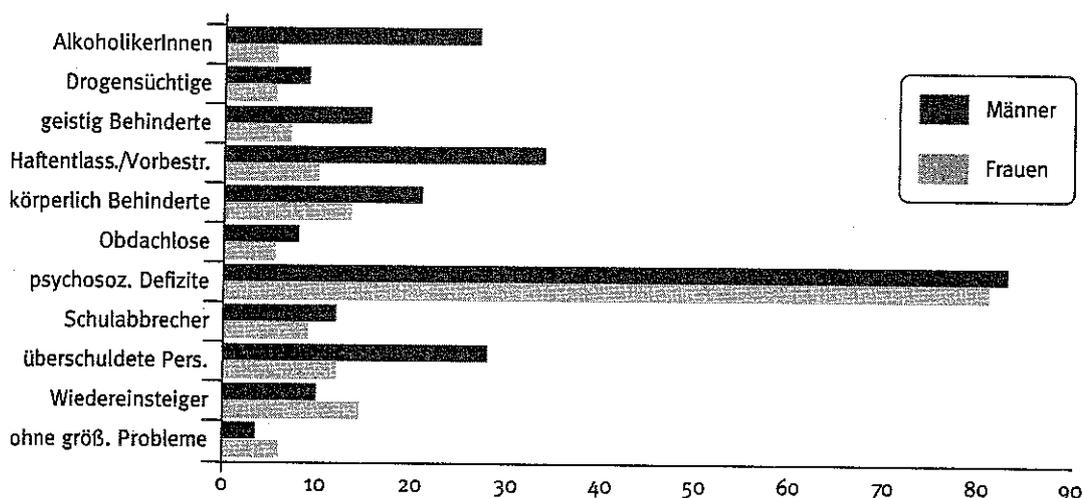
2. SOZIALE KURSMASSNAHMEN

Die Bandbreite der Ausbildungsinhalte bei Sozialen Kursmaßnahmen ist größer als in sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten. Die Förderung von spezifischen arbeitsmarktrelevanten Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen kommt im Prinzip nicht nur minder qualifizierten Arbeitslosen zugute, sondern auch hochqualifizierten Arbeitskräften (Beispiel: Ausbildung von jungen Medizinerinnen zu Betriebs-

ärzten). Im gegenständlichen Fall wies aber auch unter den besser Qualifizierten der Großteil der Geförderten eine oder mehrere sozialökonomische Behinderungen auf. Nur bei 4% der KursteilnehmerInnen waren keine sozialökonomisch bedingten Vermittlungshemmnisse festzustellen. Bei den Kursmaßnahmen war der Anteil der geförderten Jugendlichen erheblich höher als bei den Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten: 68% der TeilnehmerInnen waren jünger als 25.

Die Geschlechterverteilung entsprach in etwa dem im Bereich der Beschäftigungsmaßnahmen festgestellten Verhältnis: Auch hier waren rund zwei Drittel der Geförderten Männer. Frauen allerdings wiesen ebenso wie bei den Beschäftigungsmaßnahmen erheblich geringere Kumulierungen von Problemfaktoren auf.

Art der sozialökonomischen Behinderung nach Geschlecht (in %)



Es fiel auf, daß sich bestimmte Problemgruppen auf einige Kursarten konzentrieren: Während in den Lehrabschlußkursen vor allem Jugendliche ohne Probleme, Körperbehinderte und psychisch Schwache zu finden waren, wurden Berufsorientierungskurse von Angehörigen aller Gruppen außer vormals Süchtigen, Überschuldeten, Wiedereintritten und geistig Behinderten besucht. Bei den Anlern- und Arbeitstrainingskursen hingegen war keine Konzentration auf bestimmte Personengruppen festzustellen.

Ähnlich wie bei den Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten waren vormals Süchtige (Alkohol, Drogen) größtenteils im mittleren Alter. Ältere Arbeitslose hatten vergleichsweise häufig Alkoholprobleme. Im Gegensatz dazu waren geistig Behinderte und Haftentlassene vor allem Jugendliche und Personen unter 35.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit der KursteilnehmerInnen korrelierte zwar mit dem Alter, aber auch Jugendliche mit Suchtproblemen waren vor dem Eintritt in die Maßnahme überdurchschnittlich lange arbeitslos. Dies galt auch für Obdachlose, Überschuldete und Körperbehinderte.

Im Erhebungszeitraum war etwa die Hälfte der KursteilnehmerInnen vorzeitig aus der Maßnahme ausgetreten – ein Anteil, der bei den Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten erheblich niedriger lag.

Allerdings wurde der Kurs in 49% der Fälle wegen einer Arbeitsaufnahme abgebrochen; bei den Beschäftigungsprojekten waren es 41%. Diesbezüglich kann von einem arbeitsmarktpolitisch erwünschten Abbruch gesprochen werden, da mit dem Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis auch die Arbeitslosigkeit beendet wurde. Knapp ein Viertel der KursteilnehmerInnen schied schon aus, bevor drei Monate verstrichen waren.

Bei einem Großteil der TeilnehmerInnen (39%) betrug die Teilnahmedauer ein Jahr. Nur 16% der erfaßten Personen blieben länger als ein Jahr in einer Kursmaßnahme; dabei handelte es sich vor allem um Jugendliche, die eine differenzierte Ausbildung wahrnahmen (SchulabbrecherInnen, geistig und körperlich Behinderte).

Die Eingliederungschancen für KursteilnehmerInnen in einen Vollzeitjob lagen mit 33% ebenso hoch wie nach Absolvierung einer Sozialökonomischen Beschäftigungsmaßnahme. Im Fall einer weiter definierten Arbeitsintegration (Teilzeit, Werkvertrag und anderes) würde sich die Eingliederungsquote um 10% erhöhen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß auch die günstige Konjunkturlage der Jahre 1990/91 als Integrationsfaktor zu berücksichtigen ist.

Nur rund ein Viertel der KursabsolventInnen konnte nach der Qualifizierungsmaßnahme nicht in ein Beschäftigungsverhältnis oder eine weiterführende Ausbildung eintreten. Dieser Anteil war bei den Beschäftigungsprojekten mit 31% merklich höher.

Auch hinsichtlich der Anteile von Frauen und Männern am Wiedereingliederungserfolg unterschieden sich die Maßnahmenbereiche. Im Gegensatz zu den Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten fanden Frauen nach einem Kurs schwerer eine Vollzeitbeschäftigung als Männer (Frauen 24%, Männer 37%). Die erweiterte Integrationsquote lag für Frauen bei 33%, für Männer bei 48% (im Bereich der Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekte waren es 53,5% aller Frauen und 44% aller Männer). Frauen wechselten dagegen häufiger in Weiterbildungsmaßnahmen oder in eine Lehre: 26% der Frauen schlugen diesen Weg ein, der nur von

13% der Männer gewählt wurde. Wie nach einer Transitbeschäftigung blieben auch nach den Kursen mehr Männer (29%) als Frauen (19%) ohne Beschäftigung oder Weiterbildung. Und ebenso wie im Bereich der Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekte nahmen auch bei den Kursmaßnahmen die Integrationschancen mit zunehmendem Alter deutlich ab.

Auch die Art der sozialökonomischen Behinderung beeinflusste die Eingliederungschancen. Während geistig, körperlich und psychisch behinderte Personen sowie WiedereinsteigerInnen relativ selten ohne Beschäftigung oder Weiterbildung blieben (unter 27%), fiel es Obdachlosen und vormals Alkohol- oder Drogenabhängigen erheblich schwerer, in die Arbeitswelt zurückzufinden (über 42%).

Eine Bewertung des Kursnutzens bezogen auf die Integrationschancen seitens der KursleiterInnen ergab, daß durch die Qualifizierungsmaßnahmen vor allem die Arbeits- und Lernmotivation verbessert wurde (in 74% der Fälle).

In erheblich geringerem Ausmaß gelang es, die soziale Integration zu fördern (44%). Auch unter diesem Aspekt war also ein Unterschied zu den Sozialökonomischen Beschäftigungsmaßnahmen zu konstatieren, in denen die Auswirkungen auf das soziale Integrationspotential der TeilnehmerInnen erheblich positiver eingeschätzt wurden.

3. VERBLEIBSKARRIEREN

Die Betrachtung der Verbleibsentwicklung baut auf den anonymisierten Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger auf. Die Stichprobe umfaßt die Arbeitsmarktkarrieren von 2278 Personen, wobei rund ein Drittel dieser Personen gefördert wurde; die restlichen Personen entfallen auf die Kontrollgruppe. Rund zwei Drittel der untersuchten Personen sind männlich. Hinsichtlich der Altersstruktur liegt der Schwerpunkt auf jüngeren Arbeitslosen (über 50% sind jünger als 25), lediglich 5% sind älter als 45. Daß es sich bei den untersuchten Personen um Problemgruppen des Arbeitsmarktes handelt, erkennt man bereits daran, daß rund die Hälfte der Personen zumindest ein Vermittlungshindernis aufweist.

Die Analyse der Beschäftigungskarrieren berücksichtigt 775 im Jahre 1990 geförderte Personen: 91 (12%) besuchten Qualifizierungskurse, 271 (35%) Orientierungs- bzw. Motivationskurse, und 413 (53%) nahmen an einer Sozialökonomi-

schen Beschäftigungsmaßnahme teil. Da einige Personen Doppelförderungen in Anspruch nahmen, weisen die vorliegenden Daten genau 802 Förderepisoden aus: 423 Episoden entfallen auf Sozialökonomische Beschäftigungsmaßnahmen, 104 auf Qualifizierungskurse und 275 auf Motivations- bzw. auf Orientierungskurse. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden Personen mit Mehrfachförderung nur einmal erfaßt.

3.1 Differenzierung der Verbleibskarrieren

Im Hinblick auf die Verbleibskarrieren lassen sich im wesentlichen drei Ebenen unterscheiden:

- Integration in den Arbeitsmarkt
- Beschäftigungsdauer
- Einkommensverläufe

Integrationseffekte

Ein wesentliches Merkmal der Nachkarrieren der Förderfälle stellt deren verstärkte Integration in den offenen Arbeitsmarkt dar. Ein Viertel der betroffenen Personen trat zwei Jahre vor der Förderung überhaupt nicht am Arbeitsmarkt auf, ein weiteres Viertel war länger als sechs Monate nicht im Arbeitsangebot, lediglich 17 % standen dem Arbeitsmarkt dauernd zur Verfügung. Innerhalb der zwei der Förderung vorangehenden Jahre traten die Förderfälle im Durchschnitt fast ein Jahr nicht am Arbeitsmarkt auf.

Nach der Förderung ging die Zeit, in der die untersuchten Personen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen (Status OLF), um über 35 % zurück; besonders ausgeprägt war das Gefälle bei den Kursmaßnahmen.

Lediglich jeder zehnte Förderfall schied vollkommen aus dem Arbeitsmarkt aus. Die Anzahl der Personen, die überhaupt keine OLF-Episode verzeichneten, verdoppelte sich nach der Förderung.

Erwartungsgemäß schlug sich das erhöhte Arbeitsangebot nicht nur in Beschäftigung nieder. Im Vergleich zur Vorkarriere war auch ein moderater Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Diese Tendenz schwächte sich aber mit der Zeit ab; so wies ein Drittel der Förderfälle im zweiten Jahr der Nachkarriere keine Arbeitslosigkeitsepisode auf. Allerdings waren 30 % der Förderfälle länger als ein halbes Jahr arbeitslos.

Beschäftigungseffekte

Die gestiegene Arbeitsmarktpartizipation schlug sich in einer Erhöhung der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer um rund 50% nieder. Bei den einzelnen Kursmaßnahmen ergaben sich deutliche Unterschiede. Besonders ausgeprägt war der Erfolg bei den Orientierungskursmaßnahmen (+ 82%); hingegen erhöhte sich die Beschäftigungsdauer bei den Teilnehmern an Qualifikationskursmaßnahmen nur unterdurchschnittlich (+ 12%).

Arbeitsmarktstatus vor und nach der Förderung

	beschäftigt		arbeitslos		arbeitslos mit Bezug		Out-of-Labour-Force	
	VK	NK	VK	NK	VK	NK	VK	NK
gesamt	170	246	241	288	95	127	328	207
Änderung zu VK in%		44,7%		19,5%		33,7%		- 36,9%
Qualifikationsmaßnahme	198	222	274	400	60	120	266	121
Änderung zu VK in%		12,1%		46,0%		100,0%		- 54,5%
Orientierungsmaßnahme	145	264	283	335	116	132	310	143
Änderung zu VK in%		82,1%		18,4%		13,8%		- 53,9%
Beschäftigungsmaßnahme	179	239	206	232	89	125	364	267
Änderung zu VK in%		33,5%		12,6%		40,4%		- 26,6%

VK = Arbeitsmarktkarriere innerhalb der beiden der Förderung vorangehenden Jahre
 NK = Arbeitsmarktkarriere innerhalb der beiden auf die Förderung folgenden Jahre

Es ließen sich auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen: Insgesamt betrachtet stieg bei den weiblichen Förderfällen die (durchschnittliche) Beschäftigungsdauer doppelt so stark wie bei den Männern. Während sich die relativen Zuwächse bei letzteren kaum unterschieden, expandierten die Beschäftigungszeiten bei den Teilnehmerinnen an Orientierungskursmaßnahmen kräftig (+ 130%), sanken hingegen nach Qualifikationskursmaßnahmen (- 14%). Die – allerdings von einem geringfügigen Niveau aus – relativ größten Beschäftigungszuwächse konnten ältere Arbeitnehmer erzielen.

Die positiven Beschäftigungswirkungen können auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Einerseits verringerte sich der Anteil der Personen ohne Beschäftigung um rund 10 Prozentpunkte, andererseits erhöhte sich der Anteil stabiler Erwerbskarrieren. So war im zweiten Jahr vor der Förderung nur jeder sechste länger

als 9 Monate beschäftigt, im zweiten Jahr danach immerhin jeder vierte. 15 % waren im zweiten Jahr nach der Maßnahme durchgehend beschäftigt.

Generell deuten die Resultate darauf hin, daß von den Maßnahmen längerfristige positive Effekte ausgehen, da der Anteil von Dauerbeschäftigungen im zweiten Jahr stark anstieg. Wie bereits erwähnt, erhöhte sich auch die Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Der Anteil der geförderten Personen ohne Beschäftigung reduzierte sich von 44% auf ein Drittel. Hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen ergaben sich bei diesem Indikator unterschiedliche Resultate. Während bei den Kursmaßnahmen der Anteil der Beschäftigten eindeutig anstieg und sich dieser Effekt im zweiten Jahr noch verstärkte, ging bei den Teilnehmern an Beschäftigungsprojekten die Zahl der Beschäftigungslosen zwar im ersten Jahr stark zurück (- 15 Prozentpunkte), stieg aber im Folgejahr fast wieder auf das Niveau der Zeit vor der Förderung.

Einkommenseffekte

Der Gesamteinkommenseffekt setzt sich aus einem Beschäftigungseffekt und einem Lohnsatzeffekt zusammen. Bereits im ersten der Förderung folgenden Jahr erzielten die untersuchten Personen Einkommenssteigerungen von rund einem Drittel (da aufgrund der Anspruchsvoraussetzungen für die Teilnahme die Beschäftigung im Jahr vor der Förderung sehr gering war, erfolgte der Einkommensvergleich mit dem zwei Jahre vor der Förderung erzielten Einkommen). Besonders ausgeprägte Zuwächse konnten männliche Förderfälle in Beschäftigungsprojekten und Teilnehmerinnen an Orientierungskursmaßnahmen erzielen. Neben den oben diskutierten Beschäftigungseffekten kamen hierbei auch Lohnerhöhungen zum Tragen; so stieg der durchschnittliche Lohnsatz (Beitragsgrundlage zur SV inklusive Sonderzahlungen) um rund 20% an. Die – freilich von einem niedrigen Niveau ausgehend – relativ stärksten Erhöhungen waren bei Teilnehmern an Qualifizierungskursmaßnahmen zu beobachten.

Der positive Einkommenstrend verstärkte sich im zweiten Jahr noch beträchtlich. Im Vergleich zur Vorkarriere verdoppelte sich das durchschnittliche Jahreseinkommen der Förderfälle. Für diese Zuwächse waren aber hauptsächlich Beschäftigungszuwächse verantwortlich, während sich das Lohnsatzwachstum im zweiten Jahr etwas abschwächte. Nach den einzelnen Maßnahmen differenziert konnte insbesondere bei Qualifikationskursen eine beträchtliche Lohnerhöhung festgestellt werden, wobei sich der Effekt bei den männlichen Förderfällen im zweiten Jahr noch verstärkte.

Vergleich der Jahreseinkommen vor und nach der Förderung
(durchschnittliches Einkommen in 1000)

	Jahreseinkommen			
	vor der Förderung		nach der Förderung	
	2 Jahre	1 Jahr	1 Jahr	2 Jahre
gesamt	30,1	22,7	41,0	58,2
Qualifikationsmaßnahme	27,1	22,9	35,6	66,9
Orientierungsmaßnahme	28,1	21,0	38,1	56,8
Beschäftigungsmaßnahme	32,1	23,8	44,1	57,1

3.2 Kontrollgruppenvergleich

Angesichts der Vielfalt möglicher Selektionseffekte im Rahmen des Zuordnungsprozesses kam der Konstruktion einer geeigneten Kontrollgruppe entscheidende Bedeutung zu. Es ging darum, eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen den Charakteristika der Kontrollgruppe und jenen der Maßnahmengruppe zu erzielen. In der gegenständlichen Studie wurde das komprimierte Zeilenmatching-Verfahren angewandt, bei dem mehrdimensionale kategoriale Merkmalkombinationen gebildet und alle Personen der Maßnahmengruppe nach diesen Kombinationen klassifiziert, d. h. in „Zellen“ eingeteilt werden. Das Kontrollgruppenmatching erfolgt dann in der Form, daß die Zeilenbesetzungen in der undifferenzierten Kontrollgruppe so lange modifiziert werden, bis die relativen Zellenbesetzungen in der Kontrollgruppe mit jenen der Maßnahmengruppe übereinstimmen. Hinsichtlich der Größe müssen Kontrollgruppe und Maßnahmengruppe einander nicht entsprechen; gewährleistet wird eine relative Übereinstimmung der Merkmalausprägungen.

Die Konstruktion der Kontrollgruppe wurde von der EDV Ges. m. b. H. vorgenommen und basierte auf deren AMS-Datenbestand. Aus diesem wurde eine Zufallsstichprobe von 1920 Personen gezogen (undifferenzierte Kontrollgruppe). Anhand des oben beschriebenen Verfahrens wurde nun für die Förderfälle in Beschäftigungsprojekten, in Orientierungs- und in Qualifizierungskursmaßnahmen jeweils eine eigene Kontrollgruppe gebildet.

Im ersten Schritt wurden unter Verwendung von Techniken der Diskriminanzanalyse jene spezifischen Merkmale ausgewählt, in denen jeweilige Maßnahmengruppe und Matching-Kontrollgruppe übereinstimmen sollten. So ergaben sich Matching-Kontrollgruppen, die in den oben erwähnten Strukturmerkmalen nahezu vollständig den Maßnahmengruppen entsprachen.

Eine ergebnisorientierte Wirkungsanalyse der Fördermaßnahmen erfordert einen Vergleich der Nachkarriere-Merkmale der geförderten Personen mit der Matching-Kontrollgruppe, da andernfalls positive Beschäftigungseffekte im Anschluß an eine Förderung auf die relativ günstigen Arbeitsmarktchancen der betreffenden Personen und auf eine allgemeine Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen rückführbar wären. Daher wurden die Erfolgsindikatoren der Fördergruppe jenen der Kontrollgruppe gegenübergestellt.

Auf den ersten Blick relativieren sich die positiven Effekte der Förderung, sobald man die Kontrollgruppe in Betracht zieht. So fand rund jeder dritte Förderfall keine Beschäftigung, während das bei der Kontrollgruppe nur bei jedem vierten der Fall war. Während im zweiten Jahr nach der (fiktiven) Maßnahme rund 23% der Kontrollgruppe dauernd beschäftigt waren, lag der Anteil bei den Förderfällen knapp unter 15%.

Vergleich der Beschäftigungsdauer vor und nach der Förderung (in %)

relative Dauer	2. Jahr vor der Förderung		1. Jahr vor der Förderung		1. Jahr nach der Förderung		2. Jahr nach der Förderung	
	Maßnahme	Kontrolle	Maßnahme	Kontrolle	Maßnahme	Kontrolle	Maßnahme	Kontrolle
0%	44,0	30,9	41,2	25,3	32,1	24,6	33,2	26,8
1%-9%	8,9	4,1	13,5	4,9	9,7	4,5	8,8	3,5
10%-24%	9,8	6,2	13,5	6,9	12,6	5,8	10,7	6,1
25%-49%	12,9	10,6	15,0	12,1	16,4	10,8	11,1	9,7
50%-74%	9,2	16,0	9,4	15,7	12,8	13,6	11,5	13,6
75%-99%	7,7	15,4	6,1	19,0	11,1	16,2	10,3	17,3
100%	7,5	16,9	1,3	16,1	5,3	24,5	14,5	23,0
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Allerdings muß in Betracht gezogen werden, daß der Matching-Prozeß für Geförderte mit einem äußerst prekären Arbeitsmarktstatus vor der Maßnahme an seine Grenzen stößt. Es werden zwar die sozialökonomischen Daten der beiden Gruppen zur Übereinstimmung gebracht, die Vorkarrieren weichen aber dennoch voneinander ab. So weist die Gefördertengruppe in den zwei Jahren vor der Maßnahme im Schnitt 170, die Kontrollgruppe dagegen 340 (!) Beschäftigungstage auf. Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung der Arbeitsmarktkarrieren der Geförderten als vergleichsweise positiv gelten: Der Anteil der Personen, welche im Beobachtungszeitraum keine Beschäftigung aufweisen, nimmt bei der Maßnahmengruppe vergleichsweise stärker ab als bei der Kontrollgruppe. Waren 44% der Geförderten-

gruppe im zweiten Jahr vor der Maßnahme ohne Beschäftigung, war es im zweiten Jahr nach der Maßnahme nur mehr jeder dritte, was eine Differenz von 11 Prozentpunkten ergibt. Bei der Kontrollgruppe hingegen hatten 31% im zweiten Jahr vor der (fiktiven) Maßnahme keine Beschäftigung, im zweiten Jahr danach waren es mit rund 27% nur um 4 Prozentpunkte weniger.

Vergleicht man Maßnahmen- und Kontrollgruppe hinsichtlich der Entwicklung des durchschnittlichen Anteils von Beschäftigungstagen im Zeitraum von zwei Jahren vor und von zwei Jahren nach der Förderung, so zeigt sich ebenfalls der positive Einfluß der Fördermaßnahme: Die Geförderten haben eine Zunahme des Beschäftigungszeitanteils von 45% (in den zwei Jahren vor der Maßnahme im Schnitt 170 Beschäftigungstage, im Zeitraum von zwei Jahren danach 246 Beschäftigungstage) zu verzeichnen, die Personen in der Kontrollgruppe hingegen nur von rund 11% (vorher 340 Tage, nachher 377 Tage).

Die gesteigerte Arbeitsmarktpräsenz schlägt sich, wie erwähnt, auch in erhöhter Arbeitslosigkeit nieder. Die Förderfälle sind insbesondere im ersten Jahr stark überdurchschnittlich als arbeitslos vorgemerkt. Betrachtet man hingegen nur die Zeiten mit Bezug von Arbeitslosenunterstützung, relativieren sich die Unterschiede beträchtlich. Im zweiten Jahr bestehen so gut wie keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen mehr.

Die Subgruppenanalyse der Beschäftigungsentwicklung erbrachte aufschlußreiche Ergebnisse. Im Hinblick auf die bessere Beschäftigungssituation der Kontrollgruppe zeigte sich eine eindeutig persistente Beschäftigungsdauer, d. h. Personen mit stabilen Beschäftigungszeiten in der Vorkarriere wiesen auch später lange Beschäftigungsverhältnisse aus. Dieser Zusammenhang ließ sich zwar auch bei den Förderfällen feststellen, aber in einem weitaus geringeren Ausmaß. Dies schlug sich im Beschäftigungsdifferential zwischen den beiden Gruppen nieder. Während sich bei Personen ohne Beschäftigungsepisoden zwei Jahre vor der Förderung kein signifikanter Unterschied ergab, sprang bei allen anderen Gruppen ein teilweise deutlicher Vorsprung der Kontrollgruppe ins Auge. Interessant war aber vor allem die zeitliche Entwicklung. Bestand noch im ersten Jahr ein ausgeprägter Unterschied, schwächte sich der Vorsprung der Kontrollgruppe im zweiten Jahr deutlich ab. Während die Kontrollgruppe sogar eine rückläufige Beschäftigungsentwicklung aufwies, stieg – mit einer Ausnahme – in allen Subgruppen der Förderfälle die Beschäftigung an. Die im zweiten Jahr verbesserte Arbeitsmarktsituation der Maßnahmengruppe war daher nicht auf ein allgemein günstigeres Arbeitsmarktklima zurückzuführen.

Bei den einzelnen Förderungen ließen sich graduelle Abweichungen feststellen. So unterschieden sich die Beschäftigungseffekte bei den Qualifikationskursmaßnahmen. In dieser Gruppe wiesen Personen mit mittlerer Beschäftigungsdauer den relativ besten Maßnahmenerfolg auf. Im Gegensatz zu den anderen Maßnahmengruppen waren hier auch die größten Steigerungen im zweiten Jahr zu verzeichnen.

Disaggregiert man nach dem Geschlecht, lassen sich weitere Unterschiede erkennen. So gelang es den weiblichen Förderfällen mit stabileren Beschäftigungsvorkarrieren, den Vorsprung der Kontrollgruppe im zweiten Jahr zu egalisieren. Eine Ausnahme ergab sich nur bei den Qualifikationsmaßnahmen; in dieser Gruppe kam es, wie erwähnt, im zweiten Jahr sogar zu Beschäftigungsrückgängen. Im Gegensatz dazu wiesen die Männer dieser Gruppe im zweiten Jahr eine stark steigende Beschäftigung auf.

Die genannten Beschäftigungstendenzen bestimmten auch die Einkommensentwicklung. Es ergab sich zwar ein positives Differential zugunsten der Kontrollgruppe, doch im zweiten Jahr konnten die Förderpersonen stark aufholen. Bei einigen Subgruppen mit geringer Vorbeschäftigung waren keine signifikanten Einkommensunterschiede mehr festzustellen. Hinsichtlich der nach Geschlecht differenzierten Einkommen spiegeln sich die hervorgehobenen Tendenzen in der Beschäftigungsentwicklung wider. Während bei den Männern jene Förderfälle, die zwei Jahre vor ihrer Teilnahme an der Maßnahme keiner Beschäftigung nachgingen, die relativ günstigste Einkommensposition aufwiesen, waren es bei den Frauen jene mit stabiler Vorbeschäftigung.

Jahreseinkommen vor und nach der Förderung (durchschnittliches Einkommen in 1000)

	2. Jahr vor der Förderung		1. Jahr vor der Förderung		1. Jahr nach der Förderung		2. Jahr nach der Förderung	
	Maßn.	Kontr.	Maßn.	Kontr.	Maßn.	Kontr.	Maßn.	Kontr.
gesamt	30,1	65,3	22,7	73,6	41,0	91,1	58,2	97,4
Qualifikationsmaßnahme	27,1	57,5	22,9	69,6	35,6	99,2	66,9	109,8
Orientierungsmaßnahme	28,1	56,0	21,0	61,6	38,2	81,4	56,8	90,1
Beschäftigungsmaßnahme	32,1	73,3	23,8	82,7	44,1	95,5	57,1	99,2

Disaggregiert man die OLF-Zeiten nach der Vorkarriere, erkennt man über alle Maßnahmen aggregiert keine Unterschiede zwischen Maßnahmen- und Kontroll-

gruppe. Während bei den Sozialen Kursmaßnahmen die Kontrollgruppe höhere OLF-Zeiten aufweist, ist es bei den Beschäftigungsprojekten umgekehrt. Insbesondere Frauen, die bereits vor der Maßnahme kaum ins Erwerbsleben integriert waren, stehen dem Arbeitsmarkt überdurchschnittlich lange nicht zur Verfügung.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Die evaluierten sozialökonomischen Beschäftigungsprojekte und Sozialen Kursmaßnahmen gemäß § 21 AMFG bewirken eindeutig positive Integrationseffekte, Beschäftigungseffekte und Einkommenseffekte, die auch im differenzierten Kontrollgruppenvergleich bestehen.

Aufgrund der Tatsache, daß nicht alle Maßnahmen die gleichen Auswirkungen auf alle Zielgruppen haben, ist die Bedeutung der TeilnehmerInnenauswahl im Spannungsfeld von Arbeitsmarktservice, Maßnahmenangebot und spezifischer Problemlage der TeilnehmerInnen herauszustreichen. Ein noch gezielterer Einsatz der unterschiedlichen Maßnahmen für spezifische Problemlagen dürfte ebenso wie eine flexiblere Handhabung der einzelnen Instrumente – beispielsweise eine Verlängerung des Förderzeitraums für bestimmte Gruppen – noch bessere Ergebnisse erwarten lassen.

Berücksichtigt man, daß – abgesehen von Wien und einzelnen Landeshauptstädten – einem noch keinesfalls flächendeckenden Angebot an sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten und Sozialen Kursmaßnahmen eine Vielfalt von individuellen Anforderungen und Bedürfnissen gegenübersteht, sind die durchaus beachtlichen Ergebnisse als Herausforderung zur verstärkten Anwendung derartiger Maßnahmen zu sehen.

Literatur

- Badelt, Ch. (1992): Geschützte Arbeit – Alternative Beschäftigungsformen zur beruflichen und sozialen Integration behinderter Menschen. Sozialpolitische Schriften, Band 2, Wien.
- Biffl, G. (1986): Unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich und in der BRD, in: WIFO-Monatsberichte, 59 (4).
- Biffl, G. (1990): Konjunktur und Arbeitsmarkt – was hat sich geändert? In: WIFO-Monatsberichte, 63 (4).
- Biffl, G. (1991): Betriebsinterne und externe Arbeitsmärkte in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte, 64 (7).
- Biffl, G. (1993): Arbeitsvermittlung im internationalen Vergleich, in: WIFO-Monatsberichte, 66 (9).
- Biffl, G. (1994): Evaluierung der experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Mimeo, Wien.
- Biffl, G. (1994): Beschäftigungspolitische Empfehlungen der OECD und der EU aus österreichischer Sicht, in: WIFO-Monatsberichte, 67 (9).
- Brickwell, D. (1994): Arbeitsförderbetriebe – Einrichtungen zur Verbesserung der ökologischen Infrastruktur und der Entwicklung ökologischer Wirtschaftsfelder, in: Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen in Berlin.
- Brinkmann, Ch. und F. Buttler (1994): Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik: Mehr Arbeitsplatzförderung und mehr Selektivität, in: Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit, Leo Montada (Hrsg.), Frankfurt/New York.
- Bundesministerium für Justiz (1992): Über den Strafvollzug im Jahre 1991. Statistische Übersicht.
- Christl, G. (1994): Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung Sozialer Betriebe. Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, Oldenburg.
- Forslund, A. und A. B. Krueger (1994): An Evaluation of the Swedish Active Labor Market Policy. NBER WP 4802.
- Heckman, J. (1979): Sample Selection Bias as a Specification Error, in: *Econometrica*, 47, S. 137–161.
- Heckman, J. and R. Robb (1985): Evaluating the Impact of Interventions, in: *Longitudinal Analysis of Labor Market Data*, Heckman, J. und B. Singer (Hrsg.), Cambridge (Mass.), S. 156–245.
- Heckman, J. and R. Robb (1985): Alternative Methods for Evaluating the Impact of Interventions, in: *Journal of Econometrics*, 30, S. 239–267.

- IHS (1991): Monitoring von AMV-Maßnahmen auf der Basis von Erwerbskarrieren-Information. Mimeo, Wien.
- LaLonde, Robert J. (1986): Evaluating the Econometric Evaluations of Training Programs with Experimental Data, in: AER, 76, S. 604–620.
- Lechner, F., Reiter, W. und A. Riesenfelder (1994): Die Entwicklung der „Aktion 8000“ im Zeitraum 1988–1990 – Eine Wirkungsanalyse. Veröffentlichung in Vorbereitung.
- Lechner, F., Reiter, W. und A. Riesenfelder (1995): Vergleich der Erwerbsverläufe von Geförderten der „Aktion 8000“ und von nichtgeförderten Arbeitslosen. Wien.
- Leeb, H. und S. Steinlechner (1987): Soziale Beschäftigungsinitiativen im Bundesland Salzburg. Studie im Auftrag des BMfAS des LAA Salzburg, Salzburg/Wien.
- Lüsebrink, K. (1993): Arbeit plus Qualifizierung statt Sozialhilfe – Kosten-Refinanzierungsrechnung eines anspruchsvollen Instruments aktiver Arbeitsmarktpolitik, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1.
- Lutz, B. (1988): Notwendigkeit und Ansatzpunkte einer angebotsbezogenen Vollbeschäftigungspolitik, in: Resonanzen – Arbeitsmarkt und Beruf – Forschung und Politik, Festschrift für Dieter Mertens, Reyher, L. und J. Kühl (Hrsg.), Nürnberg, S. 275–289.
- Manski, C. F. und I. Garfinkel (Hrsg.) (1992): Evaluating Welfare and Training Programs. London.
- Niedersächsisches Sozialministerium (1994): Soziale Betriebe in Niedersachsen. 2. Auflage, Hannover.
- OECD (1988): Measures to assist the long-term unemployed. Paris.
- OECD (1993): Active labour market policies: Assessing macroeconomic and microeconomic effects, in: Employment Outlook 1993, Paris.
- Schettkat, R. (1993): Entwicklungstendenzen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, in: Jahrbuch Arbeit und Technik, W. Fricke (Hrsg.), Bonn, S. 19–27.
- Schmid, A., Krömmelbein, S., Klems, W. und G. Gaß (1993): Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik: Implementation und Wirksamkeit des Sonderprogramms. Ausgewählte Ergebnisse der Begleitforschung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2.
- Schmid, A., Krömmelbein, S., Klems, W., Gaß, G. und S. Angerhausen (1992): Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose – Sonderprogramm und Modellvorhaben, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3.
- Schmid, G. (1993): Übergänge in die Vollbeschäftigung – Formen und Finanzierung

- einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik. Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Paper FS I, S. 93–208.
- Schuh, U. (1992): Evaluation der Wirkungen der Teilnahme an der „Aktion 8000“ auf das Lohneinkommen. Institut für Höhere Studien, Mimeo, Wien.
- Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen in Berlin (1994): Arbeitsförderbetriebe für Berlin – Zwischen Zielgruppen und Marktorientierung. Senatsverwaltung Berlin (Hrsg.).
- Speiser, H.-P. (1991): Soziale und örtliche Beschäftigungsinitiativen in Bremen, in: Der paritätische Wohlfahrtsverband, Bremen.
- Spitznagel, E. (1985): Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Entlastungswirkung und Kostenvergleiche, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 18.
- Steinlechner, S. (1993): Sozialökonomische Projekte 1993. Arbeitspapiere, LAA Salzburg.
- Tegethoff, H.-G. und V. Lubinski (1990): Integrationsleistungen Sozialer Beschäftigungsinitiativen in Nordrhein-Westfalen, in: G. I. B., Bottrop.
- Zweimüller, J. und R. Winter-Ebmer (1994): Manpower Training Programs and Employment Stability. University of Linz.

ANFORDERUNGSGERECHT

Ergebnisse der Evaluierung des Beschäftigungsprogrammes „Aktion 8000“

Vor mehr als zehn Jahren wurde die „Aktion 8000“ als Instrument der innovativen Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung von Problemgruppen- und Langzeitarbeitslosigkeit ins Leben gerufen. Der „Aktion 8000“ liegt die Überzeugung zugrunde, daß es sinnvoller ist, durch die Förderung von Arbeitsplätzen die Reintegration Arbeitsloser voranzutreiben, als diese in die Rolle von Beihilfenempfängern zu drängen. Für die 1995 abgeschlossene Evaluierung des Programmes wurden im Rahmen zweier Forschungsprojekte 10.011 auf 8887 Personen verteilte Förderfälle aus dem Expansionszeitraum der Maßnahme von 1988 bis 1990 ausgewertet. Vor allem im Hinblick auf die arbeitsmarktpolitisch vordringlichen Aspekte – Reintegrationsquote, Beschäftigungsverläufe und Einkommensentwicklung – zeigte sich, daß von erheblichen Leistungserfolgen gesprochen werden kann.

Das Programm fördert befristete Dienstverhältnisse für Langzeitarbeitslose und arbeitsmarktpolitische Problemgruppen, wobei insbesondere folgende Zielgruppen erfaßt werden sollen: Personen unter 25 Jahren und über 45 Jahre, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, Personen zwischen 25 und 45 Jahren, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind, sowie Personen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind. Die im Rahmen der „Aktion 8000“ geschaffenen Arbeitsplätze haben entweder Transit- oder Initialfunktion, eröffnen also den geförderten Personen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt oder werden selbst in Dauerarbeitsplätze umgewandelt. Gefördert werden auch Projektmaßnahmen mit innovativem Charakter; der Anteil dieses Bereiches ist mit 8% jedoch sehr gering.

Träger für Maßnahmen der „Aktion 8000“ können neben Ländern und Gemeinden nur gemeinnützige Einrichtungen sein. Der Bund, berufliche Interessenvertretungen, politische Parteien, Genossenschaften und gewinnorientierte Unternehmen sind von der Trägerschaft ausgeschlossen. Der Träger muß sich zum Abschluß eines mindestens zwölf Monate dauernden Dienstverhältnisses verpflichten, darf vier Monate vor Beginn der Maßnahme und während der Dauer der Förderung keine Personalreduktion im Tätigkeitsbereich des geförderten Arbeitnehmers vornehmen und muß mindestens die kollektivvertragliche Entlohnung garantieren. Unter diesen Voraussetzungen werden rund zwei Drittel der Gehaltskosten (Lohn- und Lohnnebenkosten) ersetzt.

1. DIE STRUKTUR DER GEFÖRDERTEN

Im Beobachtungszeitraum weist die Inanspruchnahme der „Aktion 8000“ große regionale Unterschiede auf. Der Hauptanteil der Förderfälle entfällt auf Niederösterreich (26%) und auf die Steiermark (22%); Salzburg sind lediglich 1,5% zuzurechnen.

Die Altersstruktur der geförderten Personen hat sich seit Mitte der achtziger Jahre erheblich verändert: Während in der Anfangsphase der „Aktion 8000“ in der Mehrzahl jugendliche Arbeitslose gefördert wurden, waren im Beobachtungszeitraum 68% der geförderten Personen älter als 25 Jahre. Trotzdem fand im Beobachtungszeitraum rund ein Viertel aller unter 25jährigen, die länger als sechs Monate arbeitslos waren, eine Beschäftigung im Rahmen der „Aktion 8000“; von den über 25jährigen Langzeitarbeitslosen wurde hingegen nur ein Neuntel gefördert. Im Vergleich zur drastisch gestiegenen Altersarbeitslosigkeit war die Gruppe der über 45jährigen in der „Aktion 8000“ somit noch immer unterrepräsentiert. Zwischen 1991 und 1994 halbierte sich die Anzahl der geförderten Personen unter 25 Jahren; sie betrug 1994 nur noch 14%.

Im Beobachtungszeitraum veränderten sich auch die Geschlechterproportionen: Während Mitte der achtziger Jahre nur etwa 44% der geförderten Personen weiblichen Geschlechts waren, lag der Frauenanteil im Durchschnitt der Jahre 1988–1990 bei 59%. Dieser Trend setzte sich auch in den Folgejahren fort.

Die „Aktion 8000“ steht Arbeitslosen unabhängig von ihrer Qualifikation offen. Der größte Teil der Geförderten (31%) hat keine Ausbildung, die über den Pflicht-

schulabschluß hinausgeht. Diese Personen werden vorwiegend in den Tätigkeitsbereichen Ortsbildpflege, Renovierung, Gewerbe und Handel sowie Umweltschutz eingesetzt. 19% der geförderten Personen haben eine Lehrabschlußprüfung abgelegt. Ebenfalls 19% haben ein Hochschulstudium absolviert.

Im Beobachtungszeitraum zählten etwa 82% der geförderten Personen unter 25 zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen. 81,5% waren der Gruppe der über 25jährigen Arbeitslosen zuzuordnen. 59% der Geförderten über 25 waren mindestens ein Jahr arbeitslos. Besondere Vermittlungshindernisse bestanden in 15% der Förderfälle. Die Projektteams werden von Schlüsselkräften geleitet, die mit der fachlichen Anleitung, der sozialpädagogischen Betreuung und mit Aufgaben des Projektmanagements betraut sind. Lediglich 10% der im Rahmen der „Aktion 8000“ gewährten Beihilfen entfallen auf diese Gruppe. Etwa 46% der Schlüsselkräfte hatten eine Hochschulausbildung, rund 58% waren Frauen. Der überwiegende Anteil der Schlüsselkräfte verdiente zwischen 14.000 öS und 18.000 öS brutto pro Monat; lediglich 13% verdienten im Beobachtungszeitraum mehr als 18.000 öS brutto.

2. TRÄGER UND EINSATZFELDER

Auch die Struktur der Träger hat sich im Beobachtungszeitraum erheblich verändert. Traten bis Mitte der achtziger Jahre Gemeinden für ein Drittel der Maßnahmen in diesem Bereich als Träger auf, ist nunmehr ein Sättigungseffekt im kommunalen Bereich zu verzeichnen: Die Zahl der Gemeinden als Maßnahmenträger hat sich seither halbiert. Der Anteil der von den Ländern geschaffenen Arbeitsplätze blieb mit 9% konstant. Bis Anfang der neunziger Jahre verdoppelte sich die Zahl kleiner Vereine ohne Naheverhältnis zu öffentlichen Institutionen. Eine pointierte Interpretation könnte daher zum Schluß kommen, daß sich die kommunalen und regionalen Akteure zunehmend ihrer sozial- und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung zu entziehen trachten.

Im Rahmen der „Aktion 8000“ können sowohl Einzelarbeitsplätze als auch Projektarbeitsplätze gefördert werden. Im Beobachtungszeitraum entfielen fast zwei Drittel der Fördermaßnahmen auf Einzelarbeitsplätze. Der geringe Anteil komplexer Projektmaßnahmen an den Förderungen wird seitens des Arbeitsmarktservice vor allem mit dem umfangreichen Administrationsaufwand begründet.

Auch von der bestehenden Möglichkeit, im Rahmen der „Aktion 8000“ Beschäfti-

gung mit Ausbildung zu verbinden, wurde kaum Gebrauch gemacht. Im Beobachtungszeitraum wurden nur 100 Förderungen für solche kombinierte Maßnahmen vergeben.

Seit der Einführung der „Aktion 8000“ ist eine Verbreiterung der Beschäftigungsbereiche eingetreten. Die überwiegende Anzahl der im Rahmen dieses Programms geförderten Arbeitsplätze ist folgenden Tätigkeitsbereichen zuzuordnen: soziale Dienstleistungen (37%), Büro- und Verwaltungsbereich (23%), Renovierung (24%), Ortsbildpflege (19%), Wirtschaft, Gewerbe und Handel (13%), Wissenschaft (5%), Fremdenverkehr/Sport/Freizeit (6%), Umweltschutz (6%). Während nahezu die Hälfte der durch die „Aktion 8000“ geförderten Frauen im Bereich sozialer Dienstleistungen beschäftigt war, waren Männer überwiegend in den Sparten Renovierung und Ortsbildpflege tätig.

Der Großteil (57%) der im Rahmen der „Aktion 8000“ geförderten Arbeitsplätze stellte mittlere Qualifikationsanforderungen, also solche, die mit grundlegenden Fachkenntnissen (z. B. mit einer einschlägigen Berufsausbildung) bewältigt werden konnten. Für rund 28% der Arbeitsplätze genügte eine geringe Qualifikation; es handelte sich dabei zumeist um einfache (manuelle) Hilfsarbeiten. Nur 15% der Arbeitsplätze erforderten eine selbständige und eigenverantwortliche Tätigkeit. Läßt man die Schlüsselkräfte außer Betracht, wurde die Mehrzahl der geförderten Personen (63%) ihrem Ausbildungsniveau entsprechend eingesetzt. Die Gruppe jener, die eine unter ihrem Ausbildungsniveau liegende Tätigkeit verrichteten, umfaßte 18% der geförderten Personen. Für 19% der Geförderten bot die „Aktion 8000“ eine Möglichkeit zur Höherqualifizierung. Geförderte Personen mit Hochschulabschluß verrichteten zu 52% höhere und zu 47% mittlere Tätigkeiten; Geförderte mit Matura, MeisterInnen und LehrabsolventInnen waren primär in Bereichen eingesetzt, die eine mittlere Qualifikation erforderten.

3. EINKOMMENSVERLÄUFE

Die Untersuchung des Einkommens während der Maßnahme zeigt, daß etwa 83% der geförderten Arbeitsplätze mit weniger als 14.000 öS brutto dotiert wurden. 29% der geförderten Personen verdienten zwischen 10.000 öS und 12.000 öS brutto, bei etwa 31% lag das Einkommen unter 10.000 öS brutto. 38% der geförderten Frauen, aber nur 20% der geförderten Männer fallen in diese unterste Ein-

kommenskategorie. Nur 17% dieser Personen waren teilzeitbeschäftigt. Bei der Einkommensbemessung kommen also häufig die niedrigsten kollektivvertraglichen Bestimmungen zur Anwendung.

Die Entlohnung im Rahmen der „Aktion 8000“ spiegelt auch das Senioritätsprinzip wider, das bewirkt, daß erstmalig Berufstätige und Arbeitslose mit fehlender Berufserfahrung niedrig eingestuft werden. Von den 1999 Personen, deren langfristige Beschäftigungsverläufe analysiert wurden, konnten drei Viertel ihr Einkommensniveau nach Beendigung der Maßnahme verbessern. Bei 11% blieb das Einkommen nach Maßnahmenende unverändert, etwa 14% mußten leichte Einkommenseinbußen in Kauf nehmen.

4. BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE

Mit Hilfe der Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger wurden die Erwerbskarrieren von 8138 ehemals geförderten Personen rekonstruiert. Unmittelbar nach Beendigung der Maßnahme betrug die Weiterbeschäftigungsquote 57%. 40% der Weiterbeschäftigten verblieben beim Träger der Maßnahme, 17% traten sofort in ein anderes Dienstverhältnis ein. Eine Betrachtung der Beschäftigungszeitanteile im Jahr nach der Fördermaßnahme zeigt, daß 71% der beim Träger der Maßnahme verbliebenen Personen und 59% jener Geförderten, die den Dienstgeber gewechselt hatten, im Folgejahr durchgehend beschäftigt waren. Damit bestätigt sich die Annahme, daß der nahtlose Übergang aus der Maßnahme in ein nicht gefördertes Dienstverhältnis erheblich zur Stabilisierung der weiteren Erwerbskarriere beiträgt.

Personen mit einer länger als sechs Monate dauernden Periode der Arbeitslosigkeit waren nur zu 46% nahezu durchgehend beschäftigt. Eine Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als sechs Monaten erweist sich somit als besonders schwerwiegendes Integrationshindernis.

Betrachtet man die Anzahl der Beschäftigungstage im Zeitraum des auf die Maßnahme folgenden Jahres, waren 39% der Geförderten zwölf Monate und weitere 14% mindestens zehn Monate nach Maßnahmenende durchgehend beschäftigt. Die mittelfristige Reintegrationsquote von 53% ist daher ein Indikator für das hohe arbeitsmarktpolitische Effektivitätspotential der „Aktion 8000“. In die Analyse langfristiger Beschäftigungsverläufe wurden 1999 Förderfälle einbezogen. Das

Ende der Förderung lag in diesen Fällen mindestens drei, jedoch höchstens vier Jahre zurück. 48% dieser Personen waren während mindestens 80% der gesamten Zeit nach Maßnahmenende beschäftigt. Ein Fünftel aller langfristig beobachteten Personen war während des auf die Maßnahme folgenden Beobachtungszeitraums ununterbrochen, zwei Drittel waren mehr als die Hälfte desselben Zeitraums beschäftigt. Auch der langfristige Beschäftigungserfolg der „Aktion 8000“ ist somit beachtlich.

Überdurchschnittlich hohe Reintegrationserfolge waren bei Geförderten in den Bereichen Pflegedienst, Kinderbetreuung und Verwaltung/Büro zu verzeichnen. Die Reintegrationsrate im Jahr nach der Förderung war bei Frauen (56%) deutlich höher als bei Männern (36%). Ebenso wiesen Geförderte mit Lehrabschluß oder abgeschlossenem Studium eine höhere Reintegrationsrate auf als Geförderte mit Pflichtschulabschluß.

5. FINANZIERUNGSKOSTEN DES PROGRAMMS

Der arbeitsmarktpolitische Erfolg der „Aktion 8000“ wirft die Frage nach den Kosten auf, die die Finanzierung des Programms verursacht. Eine Analyse von 3403 Datensätzen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, die sich auf Personen beziehen, für die der Beginn der Förderung in das Jahr 1990 fiel, zeigt, daß auch die Auswirkungen des Programms auf das Budget der öffentlichen Hand positiv sind. Nach Gegenüberstellung von direkten Förderkosten (Zuschuß an den Arbeitgeber, Sachkostenförderung, Administration des Programms) einerseits und Erträgen (Einsparung von Transferleistungen, Rückflüsse an Steuern und Abgaben) andererseits ergeben sich im Zeitraum der Förderung Nettokosten in Höhe von 155,8 Millionen öS.

Betrachtet man die Erwerbskarrieren der geförderten Personen ein Jahr nach Beendigung der Fördermaßnahme und unterstellt, daß jedes Dienstverhältnis, das innerhalb von 30 Tagen nach Maßnahmenende angetreten wurde, eine unmittelbare Folgewirkung der Förderung war, werden die Kosten durch Erträge aus neuen Beschäftigungsverhältnissen und durch Einsparungen von Transferleistungen langsam kompensiert. Den in manchen Fällen erst durch die „Aktion 8000“ erworbenen Ansprüchen auf Arbeitslosengeld in Höhe von 25,4 Millionen öS stehen Erträge in Höhe von 209,8 Millionen öS gegenüber, die aus den Fällen

gelungener Wiedereingliederung resultieren. Die Förderkosten amortisieren sich somit binnen zehn Monaten oder 305 Tagen ab Ende der Maßnahme.

6. KONTROLLGRUPPENVERGLEICH

Der Einfluß der „Aktion 8000“ auf Beschäftigungsverläufe und Einkommensentwicklung ehemaliger TeilnehmerInnen wurde in der im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich erstellten Studie „Vergleiche der Erwerbsverläufe von Geförderten der ‚Aktion 8000‘ und von nichtgeförderten Arbeitslosen“ (1995) näher untersucht. Die Studie versuchte zu beantworten, ob die hohe Weiterbeschäftigungsquote von AbsolventInnen der „Aktion 8000“ tatsächlich auf das geförderte Dienstverhältnis zurückzuführen ist oder ob die Geförderten auch ohne vorangehende Teilnahme an der „Aktion 8000“ einen Arbeitsplatz gefunden und ähnlich hohe Reintegrationsraten erzielt hätten.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden die Verbleibskarrieren von 7165 Personen, die zwischen 1988 und 1990 an einem Beschäftigungsprogramm der „Aktion 8000“ teilgenommen hatten, analysiert und mit Hilfe einer Kontrollgruppenanalyse einem gleich großen Sample von nichtgeförderten Arbeitslosen gegenübergestellt. Die Kontrollgruppe wurde unter Anwendung eines Stichprobenverfahrens aus der im Beobachtungszeitraum in der AMS-Datei Vorgemerkten gewonnen.

Durch eine Diskriminanzanalyse wurden zehn Kriterien identifiziert, die geförderte und nichtgeförderte Personen am deutlichsten unterscheiden. Diese Merkmale umfassen Alter, Bundesland, Geschlecht, Ausbildung, Beruf, Wirtschaftsklasse, Staatszugehörigkeit, Anzahl der Arbeitslosigkeitsperioden in den Jahren 1987 und 1988, kumulierte Dauer dieser Arbeitslosigkeitsepisoden sowie Attribute der Schwervermittelbarkeit.

Mit Hilfe des Zufallsprinzips wurden Personen ausgewählt, die die gleichen Merkmalkombinationen wie die Gruppe der TeilnehmerInnen der „Aktion 8000“ aufwiesen. Durch zweimalige Kontrollgruppenziehung wurden zwei Kontrollgruppen (A und B) gewonnen, um die statistische Streuung durch das Auswahlverfahren analysieren zu können.

Um eine Vergleichsbasis für die Analyse des Erwerbsverlaufes vor und nach der Fördermaßnahme zu schaffen, mußte für die Kontrollgruppen ein fiktiver Maßnahmenzeitraum angenommen werden. Der Beginn dieser fiktiven Förderung wurde

mit dem für die Geförderten errechneten Mittelwert aller Beginndaten von Förderungen durch die „Aktion 8000“ definiert; als Dauer des Förderzeitraums wurde die durchschnittliche Dauer der Maßnahmen in diesem Bereich angenommen.

Der Strukturvergleich zwischen der Gefördertengruppe und den Kontrollgruppen umfaßt Arbeitsmarktstatus, Geschlecht, Ausbildung und Beruf. Hinsichtlich des Arbeitsmarktstatus ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Langzeitarbeitslose stellen mit einer Größenordnung von jeweils zwei Dritteln die größte Gruppe in beiden Kategorien dar. Rund ein Zehntel der Personen gilt als schwervermittelbar, an die 8% sind älter als 45 Jahre. Schließlich sind 18% keiner der genannten Subpopulationen zuzuordnen („Rest“).

Der Anteil der Frauen beträgt sowohl in der Gefördertengruppe als auch in den Kontrollgruppen etwa 60%. Hinsichtlich der Altersgruppen ergeben sich allerdings signifikante Unterschiede: Während die Gefördertengruppe 3 bis 4% mehr Personen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren umfaßt, weisen die Kontrollgruppen etwa 5% mehr Personen auf, die älter als 45 Jahre sind. Der Anteil an schwervermittelbaren Personen liegt in der Gefördertengruppe bei rund 34%, in den Kontrollgruppen bei etwa 29%.

Hinsichtlich der Ausbildung unterscheiden sich die Gefördertengruppe und die Kontrollgruppen nur im Bereich der HochschulabsolventInnen signifikant. Ihr Anteil an der Gefördertengruppe beträgt 18%, während sie in den Kontrollgruppen nur mit 15,5% vertreten sind.

Die Berufe sind ausgewogen verteilt, allerdings sind Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe sowie Produktionsberufe in den Kontrollgruppen leicht unterrepräsentiert.

6.1 Beschäftigungseffekte bei Geförderten- und Kontrollgruppe

Im Rahmen der Analyse der Erwerbsverläufe der Geförderten- und der Kontrollgruppe wurden folgende Indikatoren berechnet: Beschäftigungszeitanteile, Arbeitslosenzeitanteile, Anteile der übrigen Nichtbeschäftigungszeiten, Arbeitgeberanzahl und Höhe des Arbeitseinkommens.

Aus diesen Indikatoren wurden mittelfristige und langfristige Beschäftigungseffekte ermittelt.

Der mittelfristige Beobachtungszeitraum umfaßt ein Jahr, der langfristige erstreckt sich auf drei bis vier Jahre nach Maßnahmenende.

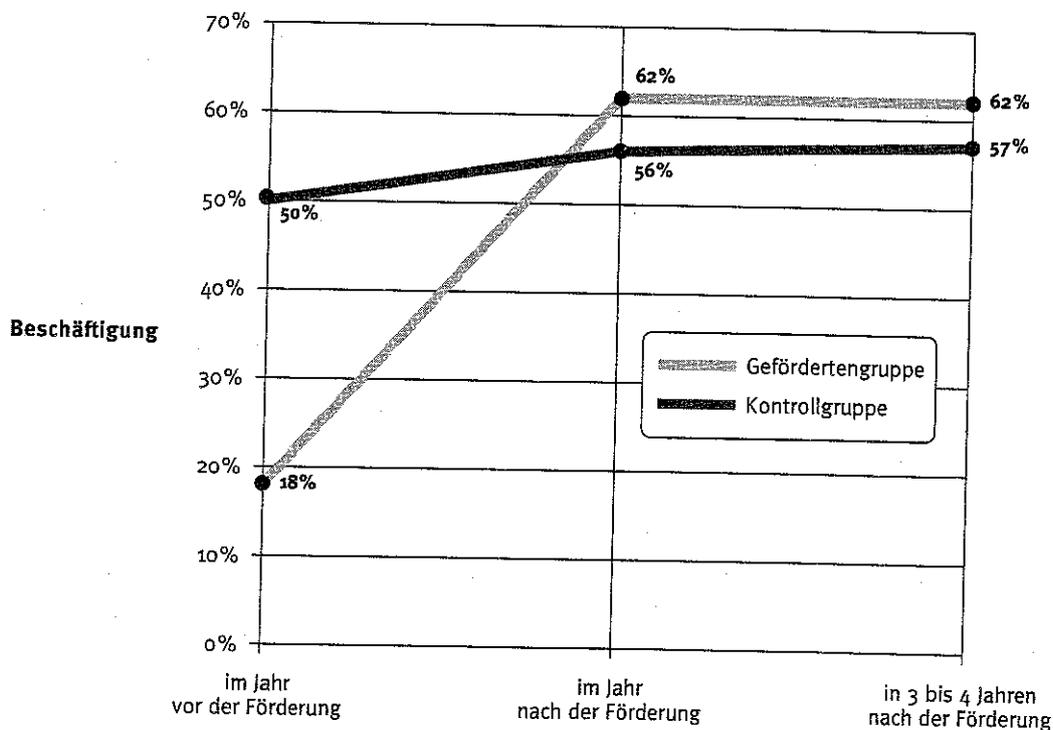
Bei der Gefördertengruppe ist ein wesentlich stärkerer Zuwachs an Beschäftigungs-

zeitanteilen zu verzeichnen als bei der Kontrollgruppe. Die Beschäftigungszeitanteile stiegen bei den TeilnehmerInnen der „Aktion 8000“ von 17,6% im Jahr vor der Maßnahme auf 62,3% im Jahr nach der Maßnahme; der durchschnittliche Zuwachs betrug somit 44,7%.

Die Kontrollgruppe wies im Jahr vor der Maßnahme einen Beschäftigungszeitanteil von 49,8% und im Jahr nach der Maßnahme von 56,5% auf; der Zuwachs belief sich also auf nur 5,9%.

Drei bis vier Jahre nach der Fördermaßnahme lag der Zuwachs der Beschäftigungszeitanteile bei der Gefördertengruppe noch immer bei 43%.

Entwicklung der Beschäftigung bei Geförderten- und Kontrollgruppe



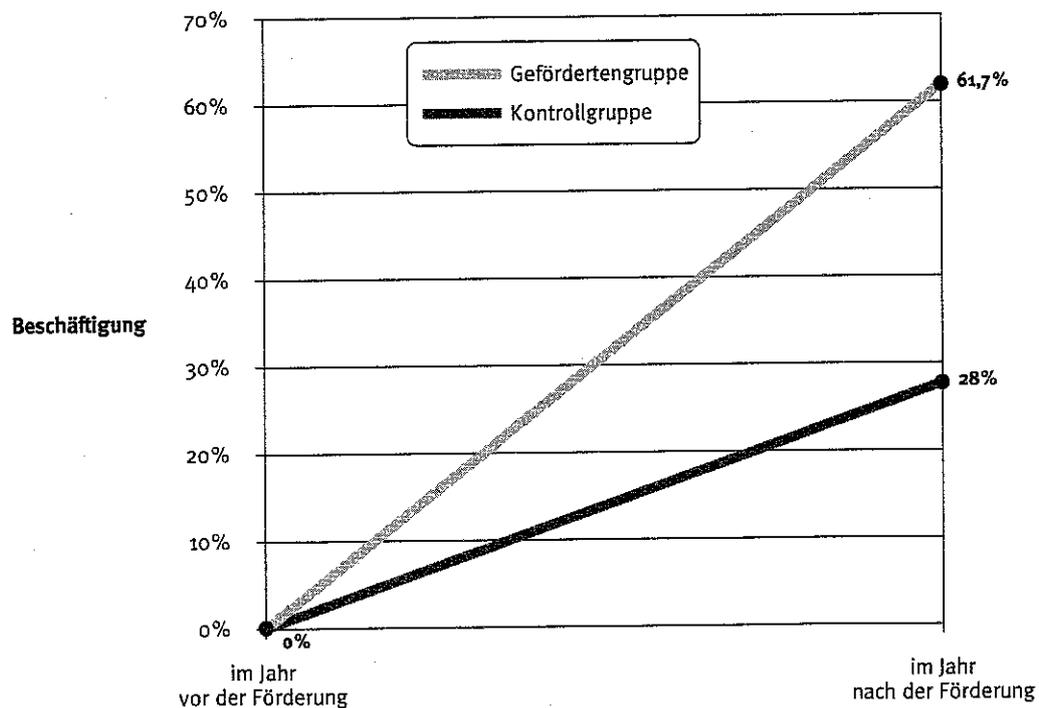
Quelle: L&R Datafile „Kontrollgruppe „Aktion 8000“, 1995

6.2 Beschäftigungseffekte bei Personen mit prekärem Arbeitsmarktstatus im Kontrollgruppenvergleich

Personen, die vor der Fördermaßnahme besonders geringe Beschäftigungszeitanteile aufgewiesen hatten, profitierten besonders von der Teilnahme an der „Aktion 8000“.

Die Gefördertengruppe mit einem Beschäftigungszeitanteil von 0% vor der Maßnahme wies im Jahr nach der Förderung einen Beschäftigungszeitanteil von rund 62% auf. Die vergleichbaren Personen aus der Kontrollgruppe erreichten einen Zuwachs von nur 28%.

Entwicklung der Beschäftigung bei Personen mit prekärem Arbeitsmarktstatus

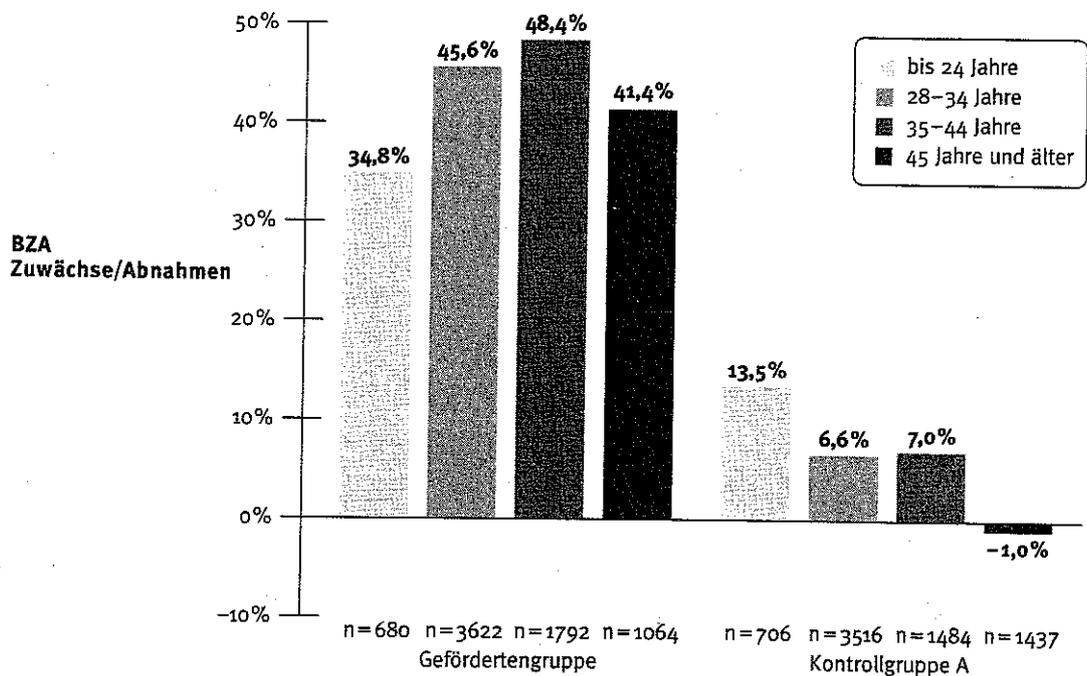


Quelle: L&R Datafile „Kontrollgruppe „Aktion 8000““, 1995

6.3 Beschäftigungseffekte einzelner Altersgruppen im Kontrollgruppenvergleich

Eine Auswertung der Daten nach Altersgruppen bestätigt die Annahme, daß der generelle Nutzen der „Aktion 8000“ für älteren Personen beachtlich ist. Die Kohorte der 35- bis 44jährigen weist einen Zuwachs der Beschäftigungszeitanteile von 48% auf, bei den Geförderten über 45 Jahren beträgt der Zuwachs noch immer rund 41%. In der Kontrollgruppe ergibt sich für Personen über 45 sogar eine Abnahme des Beschäftigungszeitanteils von 1%.

Entwicklung der Beschäftigung nach Altersgruppen

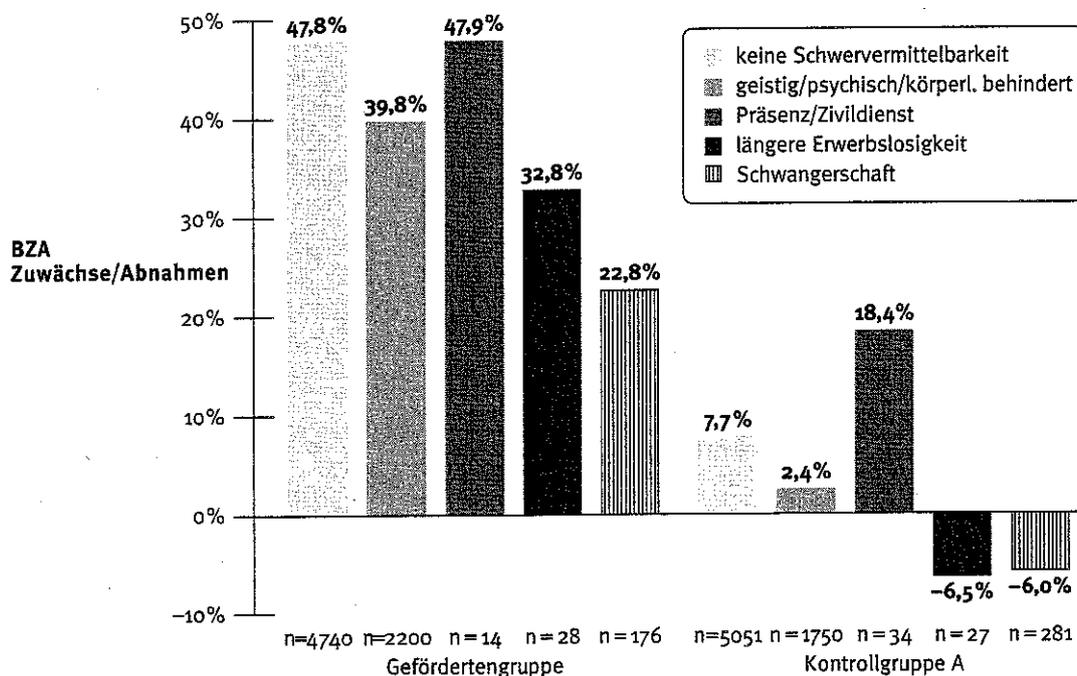


Quelle: L&R Datafile „Kontrollgruppe ‚Aktion 8000‘“, 1995

6.4 Beschäftigungseffekte bei schwervermittelbaren Personen im Kontrollgruppenvergleich

Die hohe Effizienz der „Aktion 8000“ zeigt sich auch bei der Gruppe schwervermittelbarer Personen. Zu den Attributen der Schwervermittelbarkeit zählen z. B. körperliche, geistige oder psychische Behinderungen, Präsenz- oder Zivildienst, längere Abwesenheit vom Erwerbsleben und Schwangerschaft. So weist die Problemgruppe jener Personen, die längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, gegenüber der entsprechenden Vergleichsgruppe der Nichtgeförderten einen Zuwachs der Beschäftigungszeitanteile um 39,3% auf; bei behinderten Geförderten liegt der Zuwachs bei 37,4%. Lediglich bei Präsenz- und Zivildienern und bei schwangerschaftsbedingter Unterbrechung ist der Vorsprung gegenüber der Kontrollgruppe mit 25% bzw. 28,8% geringer.

Entwicklung der Beschäftigungszeitanteile bei Schwervermittelbaren



Quelle: L&R Datafile „Kontrollgruppe ‚Aktion 8000‘“, 1995

6.5 Weitere Indikatoren für den Maßnahmenutzen im Kontrollgruppenvergleich

Komplementär zur Erhöhung der Beschäftigungszeitanteile der TeilnehmerInnen an der „Aktion 8000“ führt die Förderung zu einer im Vergleich zur Kontrollgruppe weit stärkeren Abnahme der Arbeitslosenzeitanteile. Mittelfristig liegt bei der Gruppe der Geförderten eine Abnahme der Arbeitslosenzeitanteile von 38,2% auf 20,7% vor; sie beträgt somit durchschnittlich 17,5%. Langfristig liegt die durchschnittliche Abnahme der Arbeitslosenzeitanteile sogar bei 20,6%. Dagegen beträgt die Abnahme in der Kontrollgruppe mittelfristig nur 1,9% und langfristig 3,5%.

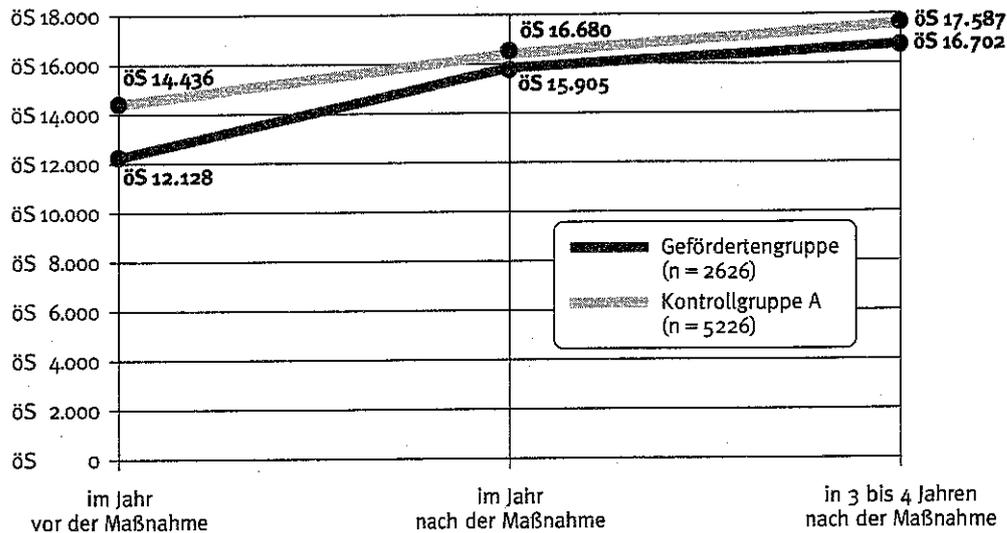
Auch die übrigen Nichtbeschäftigungszeitanteile sanken bei der Gefördertengruppe von 35% im Jahr vor der Maßnahme auf 15,4% im Jahr nach der Maßnahme. Diesem Rückgang um – 19,6% steht eine Verringerung um nur – 4,2% bei der Kontrollgruppe gegenüber.

Eine geringe Anzahl von Dienstgeberwechseln ist ein Indikator für die Stabilität der Erwerbskarriere. Besonders häufiger Dienstgeberwechsel (ab sieben Dienstgebern) kann als Zeichen der Instabilität interpretiert werden. Dies trifft auf ca. 3% der Geförderten zu.

Im allgemeinen wechselten beide Gruppen im Jahr nach der (fiktiven) Förderung seltener ihre Dienstgeber als zuvor. Die Geförderten wiesen geringfügig stabilere Arbeitsverhältnisse auf. Von den TeilnehmerInnen an der „Aktion 8000“ verblieben im Jahr nach der Förderung 48,6% bei ihrem Dienstgeber, 40% wechselten einmal das Arbeitsverhältnis.

Sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung des Arbeitseinkommens nach der Maßnahme verläuft bei der Gruppe der Geförderten wesentlich günstiger als bei der Kontrollgruppe. Die Bemessungsgrundlage steigt bei den TeilnehmerInnen an der „Aktion 8000“ im Jahr nach der Maßnahme um durchschnittlich 3777 öS und in den drei bis vier Folgejahren um 4574 öS. Die Kontrollgruppe kann hingegen mittelfristig nur eine Steigerung um 2244 öS und langfristig einen Zuwachs von 3151 öS verzeichnen. Besonders groß ist der Zuwachs bei Personen, deren Bemessungsgrundlage vor der Förderung unter 8000 öS lag; sie konnten einen Zuwachs von durchschnittlich 8074 öS erreichen. Bei der Vergleichsgruppe betrug die Steigerung nur 5012 öS.

Entwicklung der Bemessungsgrundlagen (mit Sonderzahlungen)



Quelle: L&R Datafile „Kontrollgruppe ‚Aktion 8000‘“, 1995

Um den Einfluß der Fördermaßnahme gegenüber den übrigen untersuchten Einflußgrößen abzugrenzen, wurde eine Regressionsanalyse durchgeführt. Individuelle Faktoren (Motivation, Lebensereignisse) konnten nicht in Betracht gezogen werden. Als Einflußvariablen wurden die Teilnahme an der Maßnahme, die Beschäftigungszeitanteile im Jahr vor der (fiktiven) Förderung, Lebensalter, Geschlecht, Ausbildung und Attribute der Schwervermittelbarkeit berücksichtigt.

Das Ergebnis der Regressionsanalyse bestätigt den überaus starken Einfluß der „Aktion 8000“ gegenüber anderen Einflußfaktoren. Durch die Teilnahme an der „Aktion 8000“ liegt der Beschäftigungszeitanteil um 27% höher als im Fall der Nichtteilnahme. Weitere wichtige Einflußfaktoren sind Schulbildung, Lebensalter und Behinderung.

Zentrale Bedeutung kommt auch der Vorkarriere zu: Personen mit einem niedrigen Beschäftigungszeitanteil vor der Maßnahme profitieren in besonderem Maß von der Förderung durch die „Aktion 8000“. Personen mit höherem Beschäftigungszeitanteil vor der (fiktiven) Maßnahme erleichtert die Förderung den Umstieg in andere Tätigkeitsbereiche.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Mit einer durchschnittlichen Steigerung der Beschäftigungszeitanteile nach der Teilnahme an der „Aktion 8000“ um 44,7% liegt der Erfolg dieses Instruments der innovativen Arbeitsmarktpolitik klar auf der Hand. Die Ursachenanalyse weist die Teilnahme an der Fördermaßnahme als einen der relevantesten Einflußfaktoren aus. Die Studie bestätigt darüber hinaus den hohen Nutzen des Programms für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen.

Die „Aktion 8000“ hat sich als äußerst wirksames Mittel der innovativen Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit arbeitsmarktpolitischer Problemgruppen erwiesen. Dieser Erfolg spricht für Ausbau und Ergänzung dieses Instruments. Die mit den Professionalisierungsgewinnen verbundene Risikobeschränkung sollte einerseits zu einer Aufstockung des Förderbudgets und andererseits zu einer optionalen Verlängerung der Maßnahmendauer auf zwei bis drei Jahre führen.

Es erscheint angebracht, die Verbindung von Ausbildung und Beschäftigung durch ein Programm „Arbeit und Lernen“ zu forcieren, das als selbständige Maßnahme Profil gewinnen sollte. Internationale Untersuchungen zeigen, daß mehrdimensionale Maßnahmen wesentlich erfolgreicher sind als reine Beschäftigungsprogramme. Innerhalb der „Aktion 8000“ sollte verstärkt von der bereits vorgesehenen Möglichkeit zum Erwerb einer flexiblen Ergänzungsqualifizierung Gebrauch gemacht werden.

Da der fließende Übergang aus einem geförderten Arbeitsverhältnis in ein nicht gefördertes eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Reintegrationsquote darstellt, sollten Vermittlungsbemühungen des Arbeitsmarktservice bereits während der Maßnahme einsetzen und Personen mit geringen Reintegrationschancen präventiv betreuen.

Der Erfolgsdruck, der die „Aktion 8000“ in der Anlaufphase belastete, hat Selektionsmechanismen begünstigt, die zu einer Ausgrenzung besonders benachteiligter Gruppen geführt haben. Künftig sollte daher eine verstärkte Zielgruppenorientierung der Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen Platz greifen, die freilich ihrerseits eine stärkere Vernetzung von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Regionalpolitik voraussetzt. Nicht zuletzt sollte der Rückzug der Länder und insbesondere der Gemeinden aus ihrer sozial- und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung stärker thematisiert werden.

Literatur

- Abel, Rainer u. a.: Berufsvorbereitende Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche. Praxisberichte aus Modellversuchen, Modellversuche zur beruflichen Bildung, Heft 12, Berlin: Bundesinstitut für Berufsbildung 1983.
- Aeppli, Daniel C.: Weiterbildung und Umschulung für Arbeitslose, Bern und Stuttgart: Haupt 1991.
- Baethge, Martin: Die vielfältigen Widersprüche beruflicher Weiterbildung. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./6, 1992, S. 313–320.
- Bamberger, Michael und Eleanor Hewitt: Monitoring and Evaluating Urban Development Programs. A Handbook for Program Managers and Researchers, World Bank Technical Paper Number 53, Washington D. C.: The World Bank 1986.
- Bellmann, Lutz: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 314–322.
- Blaschke, Dieter: Soziale Qualifikation im Erwerbsleben. Theoretisches Konzept und empirische Ergebnisse. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 116, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1987.
- Bolle, Michael u. a.: Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Berlin: CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung 1986.
- Brinkmann, Christian und Brigitte Völkel: Zur Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in den neuen Bundesländern. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 260–276.
- Buttler, Friedrich/Gerlach, Knut und Rudi Schmiede (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Neuere Beiträge zur institutionalistischen Arbeitsmarktanalyse. Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung, Frankfurt am Main/New York: Campus 1987.
- Dückert, Thea: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – ein beschäftigungspolitisches Instrument, Campus Forschung, Bd. 371, Frankfurt am Main/New York: Campus 1984.
- Hausegger, Trude/Lechner, Ferdinand/Reiter, Walter und Irmgard Schrems: Das Ausbildungs- und Beschäftigungszentrum Meidling, Wien: L&R 1993.
- Helfert, Mario: Segmentierung, soziale Ungleichheit und Qualifizierung von An- und Ungelernten. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./6, 1992, S. 356–363.

- Klems, Wolfgang und Alfons Schmid: Langzeitarbeitslosigkeit – ein ungelöstes arbeitsmarktpolitisches Problem? In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./7, 1992, S. 448–458.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1993.
- Kromphardt, Jürgen: Plädoyer gegen die Reduzierung von Beschäftigungspolitik auf Arbeitsmarktpolitik. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 221–231.
- Lassnigg, Lorenz/Buzeczki, Gerhard/Wiederschwinger, Margit und Wilfried Altzinger: Wirkungen von vermittlungsfördernden Maßnahmen: Betriebliche Einschulung und Verringerung der Lohnkosten. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1990.
- Lechner, Ferdinand/Löffler, Roland/Reiter, Walter und Michael Wagner: Vom Arbeitsmarkt gefordert. Langzeitarbeitslosigkeit bei ungedecktem Arbeitskräftebedarf als Aktionsbereich für Wirtschafts- und Sozialpolitik in Wien. Regensburg: Transfer Verlag 1989.
- Lechner, Ferdinand/Reiter, Walter und Andreas Riesenfelder: Qualifizierungsmaßnahmen in Niederösterreich. Wien: L&R 1994.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Aktion 8000 – Die Wirkungsanalyse eines arbeitsmarktpolitischen Förderprogramms, Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 23, Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1988.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Arbeit und Lernen. Materialien für einen Modellversuch der offensiven Arbeitsmarktpolitik. Wien: L&R 1990.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Beschäftigungschancen für Wiedereinsteigerinnen im regionalen Kontext. Das Beispiel der Wiener Siedlung „Am Schöpfwerk“, Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 41. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1991.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Innovative Ansätze der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1991.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich: Rahmenbedingungen und Wirkungsverläufe. Wien: L&R 1991.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Wirkungskriterien für Maßnahmen der innovativen Arbeitsmarktpolitik. Wien: Wissenschaftsverlag 1992.

- Maier, Friederike und Ronald Schettkat: Potentiale aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, hrsg. v. Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Berlin: Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung 1988.
- Ochs, Christiane und Hartmut Seifert: Frauen und Arbeitsmarktpolitik. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./7, 1992, S. 439-447.
- Petzold, Hans-Joachim/Eckhardt, Christoph/Ketter, Per-Marcel und Anna Ramme: Soziale Beschäftigungsprojekte gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Sackgasse oder zukunftsweisende Integration? Materialien und Praxisberichte zur Ausbildung und Arbeit von Jugendlichen, Band 14, Heidelberg: Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IBAB) 1990.
- Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen. Expertengespräch zum Thema „Berufliche Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen“ am 4. Oktober 1990 in Berlin. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1992.
- Reissert, Bernd: Thesen zum Reformbedarf der Arbeitsmarktpolitik im Europäischen Binnenmarkt. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./7, 1992, S. 467-472.
- Rossi, Peter H./Freeman, Howard F. und Gerhard Hofmann: Programm-Evaluation. Einführung in die Methoden angewandter Sozialforschung, Stuttgart: Enke 1988.
- Schellhaass, Manfred-Horst und Alexandra Schubert: Internationale Entwicklung der Evaluierungsmethoden für arbeitsmarktpolitische Programme. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 371-380.
- Schmid, Alfons/Krömmelbein, Silvia/Klems, Wolfgang und Gerald Gass: Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik: Implementation und Wirksamkeit des Sonderprogramms. Ausgewählte Ergebnisse der Begleitforschung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26. Jg. (1993), S. 236-252.
- Schmid, Günther: Flexible Koordinationen: Instrumentarium erfolgreicher Beschäftigungspolitik aus internationaler Perspektive. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 232-251.
- Schuler, Michael: Qualifizierung angelegener IndustriearbeiterInnen in der Montage – Überlegungen zu den Chancen von Gruppenarbeit am Fließband. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./6, 1992, S. 364-371.
- Spitznagel, Eugen: Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) in den neuen Bundesländern. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. Jg. (1992), S. 277-288.

Weinkopf, Claudia und Gerhard Bosch: Berufliche Weiterbildung in der Arbeitsmarktpolitik: Anforderungen an ein Reformkonzept. In: WSI-Mitteilungen, 45. Jg./6, 1992, S. 388–395.

KOOPERATIVE UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

Die Zehnjahresbilanz eines Instruments zur Arbeitsmarktförderung

1. ZIELE UND METHODEN DER UNTERSUCHUNG

Im Rahmen der innovativen Arbeitsmarktpolitik wird seit mehr als zehn Jahren auch die Gründung kooperativer Unternehmen gefördert. Ein durchschlagender quantitativer Erfolg blieb diesem Ansatz zur Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen allerdings versagt. Beispielsweise in Bremen (400.000 Einwohner) wurde in derselben Zeitperiode fast dieselbe Anzahl an Gründungen (markt- und gewinnorientiert) gefördert. Im Unterschied zu Deutschland liegt der Schwerpunkt der Förderung in Österreich auf dem gewerblich-industriellen Sektor, was Gründungen schwieriger, die einmal entstandenen Arbeitsplätze aber sicherer macht.

Für die Erhebung wurde sowohl ein schriftlicher Standardfragebogen herangezogen als auch eine sich eines strukturierten Gesprächsleitfadens bedienende mündliche Befragung durchgeführt. Die Interviewtermine waren mit Betriebsbegehungen verbunden. Im Vordergrund standen drei Fragestellungen:

- die Entwicklung der geförderten Unternehmen anhand wichtiger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen;
- die arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit der Förderung (Zahl und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze), die berufliche Aus- und Weiterbildung;
- die Erfassung der Potentiale und der Überlebensfähigkeit der Unternehmen anhand ihrer Identität und ihres organisationalen Entwicklungsstatus.

Insgesamt wurden 29 der Unternehmen, die im Zeitraum zwischen 1981 und 1991

mit Hilfe der Arbeitsmarktförderung gegründet wurden, untersucht. In 27 dieser Betriebe wurden persönliche Interviews durchgeführt, ebenso viele retournierten den schriftlichen Fragebogen. Die Gliederung der Unternehmen erfolgte nach den Branchengruppen Kleinindustrie (7 Unternehmen), Gewerbe (6), Gastronomie und Kultur (8) sowie Handel und Dienstleistungen (8).

Diese Zusammenfassung nach Branchengruppen diente vor allem einer Aggregation zur Verbesserung der Gültigkeit der Aussagen und erschien trotz der Heterogenität des Samples wegen der bestehenden Gemeinsamkeiten wie industrielle Fertigung oder gewerbliche Produktionsweise gerechtfertigt. Darüber hinaus erleichterte das gewählte Schema die Vergleichbarkeit im gesamtösterreichischen Zusammenhang.

2. FÖRDERBESTIMMUNGEN

Die Startförderungen des Arbeitsmarktservice sollen Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen die Neugründung oder Übernahme von kleinen und mittleren Unternehmen in strukturschwachen Gebieten ermöglichen, wenn zu erwarten ist, daß sich ihre Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt bewähren. Als besonders förderungswürdig gelten jene Projekte, die nicht nur ökonomisch lebensfähig sind, sondern auch lokale oder regionale Bedarfslücken mit entsprechend kaufkräftiger Nachfrage schließen, sozial und ökologisch verträglich sind oder auf technologischen Neuerungen beruhen.

Ziel ist die Erhaltung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, vorzugsweise durch Förderung von Kleinbetrieben im Produktionssektor. Förderbar sind auch Gründungen in aussterbenden Berufszweigen. Mit der Vergabe der Förderung ist die Auflage verbunden, das Unternehmen nach kooperativen Prinzipien (Identität, Demokratie, Solidarität) zu führen und – auch für die GründerInnen selbst – versicherungspflichtige Dienstverhältnisse zu schaffen.

Die Formulierung und Gewichtung der Förderkriterien und Förderziele lassen eindeutig die Absicht erkennen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Der Förderungsgeber bot für die untersuchten Betriebe zusätzlich zur Finanzierungshilfe eine die Gründung unterstützende Beratung durch die Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft (ÖSB) an, in der die ökonomischen Überlebenschancen im Vordergrund standen.

Die Höhe der Beihilfe ist durch den während der Gründungsdauer entstehenden Personal- und Sachaufwand (einschließlich der Vorbereitungszeit) begrenzt. Außerdem können Zuschüsse zum Ausgleich des fehlenden Eigenkapitals, Darlehen zur Anschaffung von Betriebsmitteln sowie ergänzende Beihilfen für die Schulung oder Inanspruchnahme von Beratungsleistungen gewährt werden.

3. DIE GEFÖRDERTEN UNTERNEHMEN

Bei den in die Untersuchung einbezogenen Betrieben überwiegen die Neugründungen und die Gründungen vor dem Jahr 1986. Stärkster Kulminationspunkt war das Jahr 1984, mit jeweils vier Gründungen folgen die Jahre 1985 und 1987.

Orientierung

	Neugründung	Übernahme	vor 1986	nach 1986
Kleinindustrie	2	5	4	3
Gewerbe	4	2	5	1
Gastronomie/Kultur	7	1	6	2
Handel/Dienstleistungen	6	2	3	5
Summe	19	10	18	11

Im Vergleich zu den anderen Branchen erwirtschaften die Kooperativen in der Kleinindustrie die mit Abstand höchsten durchschnittlichen Umsätze (41,75 Millionen öS). Sie haben zugleich mit 33 MitarbeiterInnen die höchste durchschnittliche Zahl an Beschäftigten pro Unternehmen.

Umsatz/Beschäftigte

	durchschnittlicher Umsatz pro Unternehmen in Millionen öS	durchschnittliche Zahl der Beschäftigten pro Unternehmen
Kleinindustrie (7)	41,75	33
Gewerbe (6)	10,76	17
Gastronomie/Kultur (8)	2,78	5
Handel/Dienstleistungen (8)	8,31	7
Summe	445,53	429

Eine der bedeutendsten Fragen der Unternehmensplanung ist jene nach der Gewinnschwelle: Im wievielten Jahr waren Gewinne geplant, in welchem Jahr nach

der Gründung wurde die Gewinnschwelle erreicht? Im Branchengruppendurchschnitt betrachtet, hatten die Unternehmen der Kleinindustrie eine Zweijahresfrist, die des Gewerbes eine von 2,4 Jahren und die in den Bereichen Gastronomie/Kultur sowie Handel/Dienstleistungen jeweils eine von 3 Jahren geplant. Die längste Frist wurde von einem Unternehmen des Bereichs Gastro/Kultur mit 5 Jahren genannt.

Gewinnzielplanung bzw. -realisierung

	Kleinindustrie	Gewerbe	Gastronomie und Kultur	Handel und Dienstleistungen
Planung (Angabe in Jahren)	2,0	2,4	3,0	3,0
Realisierung (Angabe in Jahren)	2,5	3,5	3,5	5,0

Tatsächlich erreichten, wiederum im Branchengruppendurchschnitt betrachtet, die Unternehmen der Kleinindustrie in 2,5, jene des Gewerbes und des Bereichs Gastro/Kultur in jeweils 3,5 und die der Kategorie Handel/Dienstleistungen zuzurechnenden Unternehmen in 5 Jahren die Gewinnschwelle. Die letztgenannte Branchengruppe weist die Nennung mit der längsten Frist, nämlich 8 Jahre, auf. 7 Jahre nannten jeweils ein Unternehmen aus dem Bereich Gastro/Kultur und dem Bereich Handel/Dienstleistung, 6 Jahre eines der Kleinindustrie.

Ein besonderes Spezifikum der untersuchten Unternehmen sind deren Eigentumsverhältnisse. Üblicherweise wurde von der GründerInnengruppe ein als mehrheitlicher Gesellschafter einer Ges. m. b. H. fungierender Verein ins Leben gerufen. Je nach der Verteilung der Einflußnahme auf die Unternehmensführung zwischen der Geschäftsführung und den Genossenschaf tern hält der Verein bis zu 99% an Gesellschafteranteilen.

In der Branchengruppe Kleinindustrie befinden sich zwei Unternehmen in mehrheitlichem Besitz des Vereins, fünf haben die Rechtsform gewechselt bzw. den Gesellschaftsvertrag geändert.

Zwei Unternehmen des Gewerbes, eines aus dem Bereich Gastro/Kultur und drei aus dem Bereich Handel/Dienstleistungen haben durch Liquidation des Vereins bzw. eine Änderung des Gesellschaftsvertrages die Eigentumsverhältnisse von einer „kollektiven Führung“ zu einer Führung durch Einzelpersonen verschoben. In zwei Unternehmen des Gewerbes, in drei des Bereichs Gastro/Kultur und drei dem Bereich Handel/Dienstleistungen zuzurechnenden Betrieben hält der Verein Mehrheitsanteile.

Eigentumsverhältnisse

	Verein mit Mehrheitsanteilen	Verein liquidiert bzw. mit Minderheitsanteilen	de jure bzw. de facto konv. Unternehmen
Kleinindustrie	2	5	5
Gewerbe	2	4	1
Gastronomie/Kultur	2	6	0
Handel/Dienstleistungen	4	4	3
Summe	10	19	9

Die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse resultieren aus den Haftungsregelungen im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsrecht bzw. den Belegschaftsverträgen. Der Übergang von einem Verein zu einer Ges. m. b. H. bedingt eine entsprechende Erhöhung der Haftungssumme, wodurch die Voraussetzung für eine Erhöhung des Kreditrahmens geschaffen wird. In einigen der untersuchten Unternehmen gibt es Eigentumsanteile von „Externen“. Ein Unternehmen der Kleinindustrie wurde 1992 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ausgeschiedene Firmenangehörige erhielten ca. 15% der Anteile. Drei Unternehmen im Gewerbe, eines im Bereich Gastro/Kultur und vier im Bereich Handel/Dienstleistungen haben Miteigentümerschaften von Personen, die in keiner der Geschäftszwecke dienlichen Beziehung zum Unternehmen stehen. Die „Externen“ sind in allen Fällen Einzelgesellschafter mit Minderheitsanteilen. Der höchste Durchschnitt von externem Eigentum an Geschäftsanteilen besteht in der Gruppe Handel/Dienstleistungen mit 39%.

4. WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Für die Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurden ausgewählte Kennzahlen mit den Durchschnittswerten der Branchen verglichen. Diese Durchschnittswerte entstammen der Bilanzdatenbank des Instituts für Gewerbe und Handelsforschung. Die Darstellung des Kennzahlenvergleichs erfolgte aggregiert auf der Ebene des jeweiligen Unternehmens. Aufgrund der Unterschiede in der Zusammensetzung des Samples der Bilanzdatenbank bleibt der Vergleich in der Branchengruppe Gastro/Kultur auf ein Unternehmen beschränkt. Branchenvergleiche in den Gruppen Kleinindustrie und Gewerbe konnten problemlos angestellt werden. In der Gruppe Handel/Dienstleistungen waren die gelieferten Bilanzdaten zu unvollständig, um zu beweiskräftigen Aussagen zu kommen.

4.1 Kennzahlen

Die Kennzahlenanalyse wurde auf den Ebenen Rentabilität, Liquidität, Wertschöpfung, Personalkosten und Kapitalumschlag durchgeführt. Die Rentabilität ist eine Kennzahl, welche die Ertragsfähigkeit eines Unternehmens ausdrückt, indem eine Erfolgsgröße zu einer diesen Erfolg wesentlich mitbestimmenden Einflußgröße in Beziehung gesetzt wird. Dafür wurden das eingesetzte Kapital (bzw. das Eigenkapital) und der leistungsbedingte Erlös herangezogen.

Liquidität ist die Zahlungsfähigkeit – neben dem Rentabilitätsziel ist auch die dauernde Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit ein vorrangiges Ziel. Mit der Errechnung der Wertschöpfung will man einerseits den Beitrag des Unternehmens zum Sozialprodukt ermitteln (Entstehungsrechnung) und andererseits feststellen, wie der Wertschöpfungsbetrag auf Kapitaleigner (Gewinn), Arbeitnehmer (Personalkosten), Fremdkapitalgeber (Zinsaufwand) und öffentliche Hand (Abgaben) aufgeteilt wird (Verteilungsrechnung).

4.2 Ergebnisse

Insgesamt wurden 11 Branchenbilder ausgewertet, womit Aussagen über fünf Unternehmen der Kleinindustrie, fünf des Gewerbes und eines aus dem Bereich Gastro/Kultur gemacht werden konnten. Weitere zwei Kennzahlauswertungen aus der Gruppe Gastro/Kultur wurden miteinander verglichen.

Die Mehrheit der untersuchten Unternehmen wirtschaften im Vergleich zu den Mittelwerten der Branche rentabler oder sind dabei, ihre Rentabilität zu verbessern. Die Liquiditätssituation ist ein wenig schlechter einzuschätzen. Zwar sind die Relationen (Kennzahlen) mehrheitlich ebenfalls besser als das Branchenmittel, doch das Niveau, die absoluten Beträge, sind sehr viel niedriger. Liquidität ist nicht nur für die Bedienung der Schulden erforderlich, sondern auch Voraussetzung für die Bezahlung des eingekauften Materials. Manche der von den untersuchten Kooperativen zur Verfügung gestellten Bilanzzahlen erweckten den Eindruck, daß es Aufträge geben könnte, die aufgrund von Geldmangel nicht angenommen werden. In diesen Fällen verhindert ein chronischer Kapitalmangel den Aufbau entsprechender Vermögensdispositionen. Die nachstehende Tabelle ist aus einem Zeitvergleich (Bilanzzahlen 1990, 1991, 1992) und einem Kennzahlenvergleich innerhalb der Branchen aggregiert. Eine Kennzahl wurde mit + = ausreichend bewertet, wenn in bezug auf die Zeitreihe eine positive Entwicklung und auf das Branchenmittel ein höherer Wert festgestellt werden konnte.

Kennzahlenanalyse (+ = ausreichend / - = nicht ausreichend)

Analyseziele	F1	F2	F3	F4	F5	F6	F7	F8	F9	F10	F11
Rentabilität	+	+/-	+/-	+	+	+	-	+	-	0	+/-
Liquidität	+	+/-	-	+/-	+/-	+	+/-	-	-	0	+
Wertschöpfung in% BL	+	-	+	+	+	+	+	+	+	0	+/-
Personalkosten in% BL	-	+	+	+	-	+	+	+/-	+	0	-
Kapitalumschlag	+	+	+	+	+	+	+	+	+	0	+

In bezug auf die im Sinne einer Produktivitätskennzahl zu interpretierende Wertschöpfung liegen die Kooperativen mehrheitlich besser als der Branchenschnitt. Sie benötigen vergleichsweise weniger Input für die Erreichung des Betriebsergebnisses.

Dieses Urteil wird durch die Kapitalumschlagshäufigkeit gestützt, die zeigt, daß sparsam (effizienter) mit den vorhandenen Vermögens- bzw. Geldwerten umgegangen wird.

Die Verteilung des erwirtschafteten Überschusses erfolgt mehrheitlich zugunsten der Arbeit. Das Lohnniveau ist mit wenigen Ausnahmen höher als das Branchenmittel; der Trend geht jedoch eher in Richtung Branchenmittel, und das in der Industrie stärker als im Gewerbe.

5. BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNGEN

Ausschlaggebendes Kriterium für die Förderung von kooperativen Unternehmensgründungen bzw. -übernahmen ist die Schaffung oder Erhaltung von Dauerarbeitsplätzen.

Insofern ist die Frage nach den Beschäftigungswirkungen des Förderprogramms von zentraler Bedeutung für die Beurteilung seiner arbeitsmarktpolitischen Effektivität. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang aber auch die Frage, ob durch Weiterbildung Möglichkeiten zur Anpassung der Qualifikation von MitarbeiterInnen an neue Anforderungen geschaffen werden.

Für diesen Beitrag wurden folgende Kriterien zur Darstellung der arbeitsmarktpolitischen Effektivität ausgewählt:

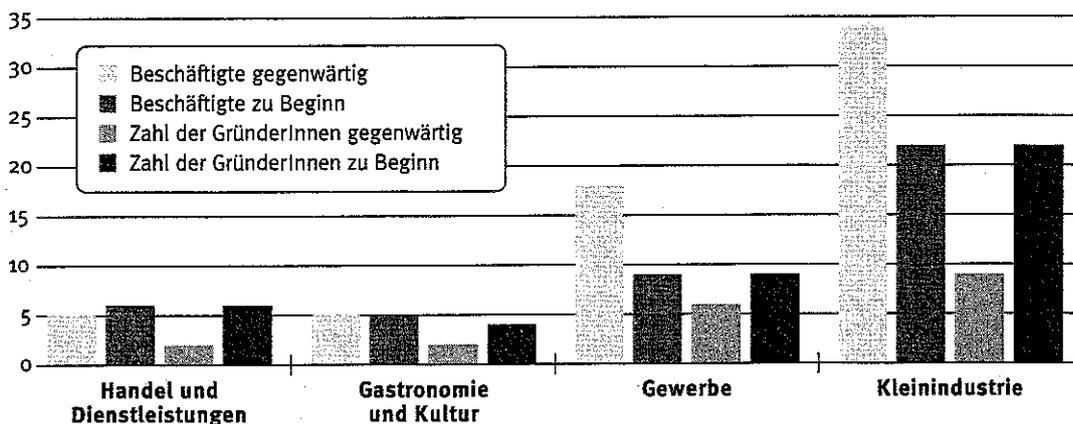
- Entwicklung der Beschäftigtenzahlen, Erreichung des Beschäftigungsziels;
- Weiterbildung von GründerInnen und MitarbeiterInnen (einschließlich der Inanspruchnahme von Beratung).

5.1 Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl beträgt in der Branchengruppe Kleinindustrie 33, im Gewerbe 17, in der Gruppe Gastro/Kultur 5 und im Bereich Handel/Dienstleistungen 7 Personen. Diese Zahlenangaben beziehen sich ausschließlich auf die sozialversicherten Beschäftigten. Periphere Beschäftigungsverhältnisse (saisonal, werkvertraglich usw.) gibt es in den Gruppen Gastro/Kultur und Handel/Dienstleistungen. Einige davon können aufgrund des durchschnittlich geleisteten Stundeneinsatzes pro Jahr als „unsichere Dauerarbeitsplätze“ eingestuft werden. Sie sind von den Befragten einmal zum Beschäftigtenstand hinzugezählt, ein anderes Mal wiederum weggelassen worden. Daher kann vermutet werden, daß die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in diesen Bereichen um nur zwei Personen höher liegt als in den Tabellen angegeben. Periphere Beschäftigungsverhältnisse entsprechen jedoch nicht dem Förderziel.

Eine Steigerung der Beschäftigtenzahl ist im Branchenschnitt betrachtet in der Kleinindustrie und dem Gewerbe zu verzeichnen. In der Kleinindustrie beträgt die Steigerungsrate 45%, im Gewerbe fast 89%. In der Gruppe Gastro/Kultur blieb der Beschäftigtenstand bei gleichzeitigem Anstieg des Frauenanteils in der Gründergruppe gleich.

Vergleich der Beschäftigungssituation



Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung zeigt, daß die entsprechenden Förderziele von den Branchengruppen Gewerbe und Kleinindustrie im Durchschnitt erreicht wurden. Zählt man die nicht sozialversicherten Beschäftigten hinzu, kann auch in den Bereichen Gastro/Kultur und Handel/Dienstleistungen von einer positiven Beschäftigungswirkung gesprochen werden. Die arbeitsmarktpolitische Effek-

tivität läßt sich auch mit einem zusätzlichen Vergleich untermauern. Während Klein- und Mittelbetriebe mit Förderungen aus dem Bürges-Programm einen durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von 16% pro Betrieb aufwiesen, stieg die Anzahl der Arbeitsplätze (inklusive der nicht sozialversicherten) bei den Kooperativen im Durchschnitt um 46% (4,6 Beschäftigte pro Betrieb). Auf Unternehmensebene betrachtet, hat ein Unternehmen der Kleinindustrie, drei aus der Gruppe Gastro/Kultur sowie eines aus dem Bereich Handel/Dienstleistungen das geforderte Beschäftigungsziel nicht erreicht. Von den Gewerbebetrieben haben alle ihre Beschäftigungsziele erreicht.

Beschäftigungssituation

	Kleinindustrie			Gewerbe			Gastro/Kultur			Handel/ Dienstleistg.			Summe		
durchschnittliche Beschäftigtenzahl	33			17			5			7			62		
Gesamtzahl der Beschäftigten	231			102			40			56			429		
Zahl der GründerInnen zu Beginn (männl./weibl./Summe)	12	10	22	6	3	9	3	1	4	4	2	6	25	16	41
Zahl der GründerInnen gegenwärtig (männl./weibl./Summe)	6	3	9	4	2	6	1	1	2	3	0	3	14	6	20
Beschäftigte zu Beginn (männl./weibl./Summe)	12	10	22	6	3	9	3	2	5	4	2	6	25	17	42
Beschäftigte gegenwärtig (männl./weibl./Summe)	21	11	32	11	6	17	2	3	5	5	2	7	38	20	58
Lehrlinge (Zahl der Unternehmen/ Zahl der Lehrlinge)	4 mit 0 3 mit 2-5			2 mit 0 4 mit 1-2			0 0			5 mit 0 1 mit 1					
Beschäftigungsziel lt. Fördervertrag	20			6			4			4					
Beschäftigungsziel erreicht	6 ja 1 nein			6 ja 0 nein			5 ja 3 nein			5 ja 1 nein					

5.2 Beratung und Weiterbildung

In den letzten beiden Jahren haben rund 50% der Befragten Berater konsultiert. In elf von 27 Unternehmen besuchten MitgründerInnen Weiterbildungsveranstaltungen, in neun Unternehmen auch die MitarbeiterInnen. Bei der Betrachtung der einzelnen Branchengruppen fällt vor allem die Kleinindustrie auf. Hier war eine Mehrzahl der Unternehmen in den letzten beiden Jahren inaktiv. Signifikant inaktiv

waren weiters die Unternehmen aus der Gruppe Gastro/Kultur bei der Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen (was in der Gastronomie nicht verwunderlich erscheint) und jene des Gewerbes bei der Weiterbildung der GründerInnen.

Inanspruchnahme von Beratung/Weiterbildung

	Kleinindustrie	Gewerbe	Gastronomie und Kultur	Handel und Dienstleistungen
Beratung				
ja	2	3	5	3
nein	5	3	3	3
Weiterbildung der MitarbeiterInnen				
ja	1	3	2	3
nein	6	3	6	3
Weiterbildung der MitgründerInnen				
ja	2	1	4	4
nein	5	5	4	2

In der Kleinindustrie wurde vor allem Beratung für organisatorische Problemstellungen, gelegentlich auch zu Fragen der Finanz- und Absatzwirtschaft in Anspruch genommen. Demgegenüber waren die besuchten Weiterbildungsveranstaltungen thematisch breiter gestreut:

- Kaufmännisches: Lohnverrechnung, Steuer, Kostenrechnung (9mal);
- die relevanten Märkte und Produkte (9mal);
- technische Fortbildung zum Produkt (9mal);
- Management: Unternehmensführung, Mitarbeitermotivation (6mal);
- Marketing (5mal);
- Organisation (2mal).

Als Gründe für die Nichtinanspruchnahme von Betriebsberatung werden siebenmal „zu teuer“ und „kein Geld“ sowie fünfmal „spezifische Probleme“, für die sich keine „kompetente Beratung“ finde, als Gründe genannt. Vor allem Befragte aus dem Bereich Gastro/Kultur meinen, keine ausreichend qualifizierte Beratung angeboten zu bekommen. Dieselben Antwortmuster finden sich in der Begründung einer Nichtinanspruchnahme von Weiterbildung. „Zu teuer“, „keine Zeit“ und der Mangel an spezifischen Angeboten, die dem vorhandenen Bedarf entsprechen würden, wurden hier genannt.

Im Vergleich mit traditionellen Unternehmen aus den jeweiligen Branchen ist das durchschnittliche Aktivitätsniveau bei der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen erheblich höher, bei der Weiterbildung etwas höher.

6. ENTWICKLUNGSSTATUS UND UNTERNEHMENSIDENTITÄT

Die Entwicklung und Identität der untersuchten Unternehmen läßt sich anhand der Relation von ökonomischen zu metaökonomischen Zielorientierungen beschreiben. Die Priorisierung eines Zielbereiches äußert sich konkret entweder in einem Bemühen um die Umsetzung genossenschaftlicher Prinzipien, womit eine vergleichsweise starke Beschäftigung der Organisation mit sich selbst verbunden ist, oder in einem Bemühen um wirtschaftlichen Erfolg, wodurch eine vergleichsweise starke Beschäftigung mit Marktbeziehungen entsteht.

Die Fragen zu Entwicklung und Identität wurden in den Gesprächen mit den GeschäftsleiterInnen gestellt. In der überwiegenden Zahl der Fälle sind dies an der Gründung des Unternehmens beteiligte Personen. Sie können zwar nur Auskünfte über ihren Eindruck von der Situation des Unternehmens geben, doch sind sie oft die einzigen, die zu wirtschaftlichen Belangen Informationen besitzen, und sie fixieren, oft allein, die mittelfristigen Zukunftspläne. Ihre Aussagen haben daher programmatischen Charakter.

Die Motive zur Gründung eines kooperativen Unternehmens waren mehrheitlich ökonomisch bestimmt (knapp zwei Drittel der Nennungen). Dabei stand die Absicht, den Arbeitsplatz zu erhalten, mit 10 Nennungen im Vordergrund. Darüber hinaus wurde auch der „vorhandene Markt“ und die „Nutzung der Förderungsmöglichkeiten“ genannt. Die metaökonomischen Zielsetzungen wurden mit den Begriffen „Selbstverwaltung“, „Abbau von Hierarchien“ und „gemeinsames Arbeiten“ beschrieben.

Auch die Erwartungen zum Zeitpunkt der Gründung konzentrierten sich weitgehend auf den ökonomischen Bereich (36 zu 10 Nennungen). Die ökonomischen Erwartungen konnten zu zwei Dritteln (27 zu 9 Nennungen) realisiert werden, während auf der metaökonomischen Ebene die nicht erfüllten Erwartungen überwogen (4 zu 6 Nennungen).

Am häufigsten werden von den nunmehrigen Einzelunternehmen (Wechsel zu Ges. m. b. H. oder AG) und der Kleinindustrie erfüllte ökonomische Erwartungen genannt. Im Vergleich dazu finden metaökonomische, genossenschaftliche Erwartungsinhalte in diesen beiden Kategorien kaum Erwähnung. Für die Betriebe, die von einer kooperativen zu einer traditionellen Unternehmensform übergegangen sind, haben sich somit im Vergleich zu den Kooperativen die Erwartungen in bezug auf Produkt, Markt und Förderungen in wesentlich stärkerem Maße erfüllt.

Erwartungen zum Zeitpunkt der Gründung

	Zahl N=27 Mehrfachantworten	Neugründungen	Übernahmen	Wechsel zu Ges. m. b. H. oder AG	nur Verein oder Verein und Ges. m. b. H.	Kleinindustrie	Gewerbe	Gastronomie und Kultur	Handel und Dienstleistungen
ökonomische Erwartungen erfüllt	27	19	8	13	14	12	6	3	6
ökonomische Erwartungen unerfüllt	9	6	3	1	7	1	2	3	3
metaökonomische Erwartungen erfüllt	4	3	1	2	2	1	1	2	0
metaökonomische Erwartungen unerfüllt	6	6	0	1	5	0	1	4	1
ökonomische Erwartungen	36	25	11	14	21	13	8	6	9
metaökonomische Erwartungen	10	9	1	3	7	1	2	6	1
Gesamtsummen	46	34	12	17	28	14	10	12	10

Den Zustand ihrer gegenwärtigen Zusammenarbeit bezeichnen die Befragten in 21 Fällen als gut und nur in 6 Fällen als schlecht oder in einer Veränderung zum Negativen begriffen.

Im wesentlichen wurden vier Gründe für die Verschlechterung der Zusammenarbeit angeführt: mangelndes Verantwortungsbewußtsein, fehlende Professionalität und Qualifikation, kaufmännische Defizite und Probleme mit der Integration von Neueinsteigern.

Derzeitiger Zustand der Zusammenarbeit

	Zahl N=27 Mehrfachantworten	Neugründungen	Übernahmen	Wechsel zu Ges. m. b. H. oder AG	nur Verein oder Verein und Ges. m. b. H.	Kleinindustrie	Gewerbe	Gastronomie und Kultur	Handel und Dienstleistungen
gut	21	17	4	6	15	5	5	5	6
in Veränderung begriffen	4	1	3	3	1	2	1	0	1
schlecht	2	2	0	0	2	0	0	2	0
Gesamtsummen	27	20	7	9	18	7	6	7	7

Die Befragung der untersuchten Unternehmen brachte zum Ausdruck, daß in der Entwicklung der untersuchten Unternehmen eine Erosion des kooperativen Bewußtseins stattfand. Die Selbstverwaltung wurde von einer Mehrheit der Betriebe abgestreift, wenn sie nicht schon von Beginn an als identitätsstiftender Faktor irrelevant war. Zum Gründungszeitpunkt galt das Selbstverwaltungsprinzip in 19 von 27 Fällen als sinnstiftendes Merkmal der Unternehmensorganisation, zum Befragungszeitpunkt nur mehr in 9. Von jenen 18 Unternehmen, die nach Angabe der Befragten keine Selbstverwaltungsidentität mehr besitzen, war allerdings eine knappe Mehrheit in früheren Zeiten (Gründungsphase) durchaus dem kooperativen Prinzip verpflichtet.

Als Gründe für den Bedeutungsverlust der Selbstverwaltung wurde vor allem eine zu hohe MitarbeiterInnenfluktuation und ein von Beginn an zu geringes Verständnis angeführt. Konstitutiv für die gegenwärtige Unternehmensidentität ist vor allem die gelungene Bestandssicherung, die als Wunsch nach Arbeitsplatzsicherung ja schon bei den Gründungsmotiven dominant war.

Mithin haben sich auch die Einstellungen zur Selbstverwaltung verändert. Diese gilt vorwiegend als probates Mittel für die Unternehmensgründung, ihre Funktionalität für die Erreichung ökonomischer Ziele wird hingegen eher in Abrede gestellt. „Entscheidend ist, aus einem selbstverwalteten Betrieb ein gewinnbringendes Unternehmen zu machen.“ (Antwort aus dem Bereich der Kleinindustrie)

Selbstverwaltung ist

(1 = stimmt voll, 5 = stimmt überhaupt nicht; bzw. für den Vergleich zu den Einstellwerten: 1 = bin voll überzeugt, 5 = bin überhaupt nicht überzeugt; Angabe der Mittelwerte)

Selbstverwaltung ist	gesamt	Rang
Gründungshilfe	2,2	1
Weg zur Mitarbeiterzufriedenheit	2,5	2
Weg zu besserer Produktivität	2,8	3
Mittel zur Innovation	3,0	4
Mittel zur Krisenbewältigung	3,4	5
Mittel zum Wachstum	3,8	6
Mittel zum besseren Verkauf	3,9	7
Weg zu besserer Markterschließung	4,0	8
Durchschnittswert	3,2	
Einstellung zur Selbstverwaltung zu Beginn	1,9	
Einstellung zur Selbstverwaltung derzeit	3,4	

7. EMPFEHLUNGEN

Angesichts der Untersuchungsergebnisse erscheint die Weiterführung bzw. Ausweitung dieser Form der Förderung als sinnvoll. Dies könnte etwa im Rahmen eines umfassenden Gründungsförderungsprogrammes mit arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen erfolgen. Auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik in anderen EU-Staaten ist eine derartige Initiative geboten: Alle Staaten der Gemeinschaft haben für Klein- und Mittelbetriebe Gründungsförderungsprogramme eingerichtet; in den letzten fünf Jahren wurden in diesem Bereich drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen, während Großunternehmen Rückgänge verzeichneten.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß spezifische Information, Beratung und Weiterbildung für alle Beteiligten die Voraussetzung für eine erfolgreiche Gründung darstellen. Aus diesem Grund hat das Arbeitsmarktservice in einigen regionalen Geschäftsstellen versuchsweise eine Gründungserstberatung eingerichtet; die weitere, eingehende Beratung erfolgt durch die Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft. Lediglich fakultativ in Anspruch zu nehmende Beratungsangebote sind zu wenig. Die GründerInnen sollten insbesondere auch zur Aus- und Weiterbildung verpflichtet werden.

Das Prinzip der Selbstverwaltung sollte konstitutives Element eines Gründerprogrammes bleiben. Es hat sich gezeigt, daß diese verbindende Klammer gerade für die Anfangsphase eine wesentliche Stabilisierungsfunktion hat. Die Bedeutung der Selbstverwaltung sollte daher auch in der Beratung der GründerInnen explizit hervorgehoben werden.

Zu klären bleibt, ob der neu entstehende Bedarf kleiner und mittlerer Unternehmen an Beratung in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitsgesundheit und Arbeitssicherheit nicht durch das Förderinstrument „Kooperative Gründungen“ abgedeckt werden könnte. In den nächsten Jahren werden in diesem Segment des Arbeitsmarktes 5000 bis 6000 qualifizierte Kräfte gebraucht werden.

Literatur

- Bartölke, K. und H. Wächter: Mitbestimmung und betriebswirtschaftliche Organisationstheorie, in: Betriebswirtschaftliche Probleme der Mitbestimmung, hg. von Koubek et al., Köln 1980.
- Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 1993, hg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien.
- Biffi, Gudrun: Arbeitsmarktpolitik in Österreich, in: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, hg. von Hanns Abele et al., Wien 1989.
- Bonacker, Margit und Klaus Zühlke-Robinet: Auswertung der Erfahrungen von örtlichen Beschäftigungsinitiativen in Hamburg, Hamburg 1992.
- Brazda, Johann und Reinhard Paulesich: Kooperative Unternehmensgründungen in Westeuropa – mit oder ohne Zukunft? In: Die gewerbliche Genossenschaft 6, Wien 1994.
- Brazda, Johann und Gerhard Rönnebeck: Erfolgsfaktoren einer Produktivgenossenschaft am Beispiel des Gerätewerkes Matri reg. GesmbH, in: Genossenschaften im Spannungsfeld zwischen geschichtlicher Philosophie und wirtschaftlich-rechtlichen Veränderungen, Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen 9.
- Buurman, Meindert, Otfried Jensen, Gerda Lischke und Frieder Rock: Untersuchung über Finanzierungsprobleme bei sozial-innovativen Betrieben, STATTwerke Beratung und Finanzierungsvermittlung e. G., Berlin 1990.
- Dülfer, Eberhard: Kultur und Organisationsstruktur, in: Handwörterbuch der Organisation, hg. von Erich Frese, Stuttgart 1992.
- Egger, Anton: Das neue Rechnungslegungsgesetz 1992, Wien 1992.
- Elektroinstallationen sind Frauensache, in: Gewinn, Wirtschaftsmagazin für den persönlichen Vorteil, 1/1995 (14. Jg.), S. 38 f.
- Exner, Alexander: Unternehmensidentität, in: Das systemisch evolutionäre Management, hg. von Roswitha Königswieser und Christian Lutz, Wien 1990.
- Flieger, Burghard: Kooperatives Marketing für ökologische Produkte, in: Ökologisch Wirtschaften, hg. von Glauber und Pfriem, Frankfurt 1992.
- Frank, Hermann und Manfred Lueger: Transformationen kooperativen Handelns – Von der Gründung eines selbstverwalteten Betriebes zum erfolgreichen kooperativ geführten Unternehmen, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22, Heft 1, Februar 1993.

- Gornez, Peter und Tim Zimmermann: Unternehmensorganisation – Profile, Dynamik, Methodik, Frankfurt am Main 1993.
- Gubitzer, Luise: Geschichte der Selbstverwaltung, München 1988.
- Haller, Max und Franz Heschl: Wirtschaftlicher Aufstieg – Verfall beruflicher Leistungsorientierung? In: SWS-Rundschau 3/1993.
- Hopfenbeck, Waldemar: Allgemeine Betriebswirtschafts- und Managementlehre, München 1989.
- Kubin, Ingrid und Peter Rosner: Arbeitsmarktpolitik – Theoretische Grundlagen und österreichische Institutionen, in: Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs, hg. von Ewald Nowotny und Georg Winckler, Wien 1993.
- Lechner, Ferdinand und Walter Reiter: Aktion 8000 – Die Wirkungsanalyse eines arbeitsmarktpolitischen Förderprogramms, Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 23, Wien 1988.
- Lievegoed, B. C. J.: Organisationen im Wandel, Bern 1974.
- Miglbauer, Ernst: Betriebliche Selbstverwaltung in Österreich, Einführung und Bestandsaufnahme, in: Gesellschafts- und sozialpolitische Texte, Bd. 1, Linz 1987.
- Nagel, Reinhart: Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Unternehmensführung, Diss. Wien 1987.
- Paulesich, Reinhard: Atypisch erfolgreiche Konsumgenossenschaften in Österreich, Forschungsbericht an den Fond zur Förderung wissenschaftlicher Forschung, Wien 1993.
- Richtlinie '88 des BM Arbeit und Soziales 2-III an alle Landesarbeitsämter.
- Schneider, Ursula: Kultur – Konflikt – Koordination. Zum Prozeß der Kulturentwicklung in einer Produktivgenossenschaft, in: Organisationskultur, hg. von Eberhard Dülfer, Stuttgart 1988.
- Schult, Eberhard: Bilanzanalyse – Möglichkeiten und Grenzen, Freiburg 1983.
- Scott, Michael G.: Unternehmerkarrieren und organisatorische Lebenszyklen; in: Zeitschrift für Klein- und Mittelunternehmen, Schweizerisches Institut für gewerbliche Wirtschaft der Hochschule St. Gallen, Heft 4/93.
- Speiser, Hans-Peter: Soziale und örtliche Beschäftigungsinitiativen in Bremen, Progress Institut für Wirtschaftsforschung, Bremen 1991.
- Svoboda, Klaus: Möbel- und Industriedesign und Produktionsgenossenschaft MID reg. Gen. m. b. H., Imst, in: Betriebliche Selbstverwaltung in Österreich, Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 3, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

- The Canadian Co-operative Vision, 1982.
- Todev, T., R. Paulesich und J. Brazda: Genossenschaften im Umbruch. Chancen und Risiken der Genossenschaften in West- und Osteuropa, in: Forschungsberichte des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien, Nr. 92/1, Wien 1992.
- Waldert, Helmut: Starke Gründungen in schwachen Regionen, Wien 1992.
- Wohlgemuth, A. C.: Das Beratungskonzept der Organisationsentwicklung, Bern 1991.
- Zanin, Martin: Die Bestands- und Entwicklungskennzeichen selbstverwalteter Betriebe sowie die Evaluierung der Übertragbarkeit alternativer Finanzierungskonzepte auf Österreich, Diplomarbeit Wien 1987.
- Zehetner, Karl: Leben wir in einer neuen Gründerzeit? Unveröffentlichter Vortrag gehalten am 26. 3. 1990 bei einer Veranstaltung des Freien Wirtschaftsverbands Österreich zum Thema „Autonome Arbeit“.